



Bundesministerium
für Wohnen, Stadtentwicklung
und Bauwesen

Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

Region gestalten

Gemeinsam für mehr Lebensqualität

Programm **Region gestalten**





© Bundesregierung/Jesco Denzel

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land sind ein wichtiges Ziel der Bundesregierung. Dieses Ziel kann nur durch ein partnerschaftliches Miteinander von Stadt und Land erreicht werden. Dazu tragen die vielfältigen, neu angestoßenen und bereits laufenden Maßnahmen in den Bereichen Stadtentwicklung, Wohnen, Bauwesen und Raumordnung sowie der Heimatpolitik bei. Dabei betrachten wir ländliche Räume in ihrer Vielfalt und unterstützen die Kommunen bei der Umsetzung von Maßnahmen, die auf ihre speziellen Bedürfnisse ausgerichtet sind. Besonders in den Blick nehmen wir strukturschwache, häufig dünn besiedelte Regionen, in denen die Herausforderungen des Arbeitsmarktes, der Daseinsvorsorge oder des Strukturwandels besonders groß sind.

Mit dem 2019 aufgelegten Programm *Region gestalten* fördern das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) und das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) in Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) Projekte der Raumordnung und des gesellschaftlichen Zusammenhalts in ländlichen Räumen. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf den Herausforderungen des wirtschaftlichen Strukturwandels, des demografischen Wandels und der Digitalisierung. Angesichts zunehmender Risiken, wie Naturkatastrophen aber auch Pandemien, Wirtschaftskrisen bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen und ihren weltweiten Folgen, müssen wir unsere bisherigen Handlungsstrategien überdenken und neu ausrichten. Das macht auch vor ländlichen Räumen nicht halt. Deshalb unterstützen wir modellhaft Projekte, die an diesen Herausforderungen ansetzen und eine resiliente Entwicklung der entsprechenden Regionen zum Ziel haben.

Um die vor uns liegenden Herausforderungen meistern zu können, müssen wir Stadt und Land stärker als bisher zusammendenken und für eine größtmögliche Vernetzung und Kooperation zu beiderseitigem Nutzen sorgen. Das betrifft sowohl die kleinräumige, interkommunale Zusammenarbeit als auch die Zusammenarbeit von Regiopolen mit ihrem Umland bis hin zur Kooperation in großräumigen Partnerschaften, wie beispielsweise in den Metropolregionen. Darüber hinaus sehen wir wichtige Potenziale in der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft sowie in der Entwicklung und Anwendung digitaler Lösungen, beispielsweise im Bereich der Daseinsvorsorge.

Anhand der in dieser Broschüre dargestellten Beispiele aus der regionalen und kommunalen Praxis sowie der ergänzenden Studien wird deutlich, wie Planen und Handeln in ländlichen Räumen auch unter schwierigen Rahmenbedingungen verwirklicht werden können. Wir werden die Kommunen auch zukünftig bei konkreten Projekten unterstützen sowie den intensiven Dialog mit den Akteurinnen und Akteuren der lokalen und regionalen Entwicklung weiter voranbringen.

Klara Geywitz

Bundesministerin für Wohnen,
Stadtentwicklung und Bauwesen

Inhalt

| | |
|--|----|
| Region gestalten – Neue Ansätze für ländliche Räume | 6 |
| Erprobung regionaler Lösungsansätze | 12 |
| Strukturwandel und regionale Strukturpolitik | 14 |
| Aktive Regionalentwicklung | 18 |
| Digitalisierungszentrum Zeitz | 22 |
| Better Promote: Eine Reise durch die Förderlandschaft | 26 |
| Strukturwandel in ländlichen Räumen | 28 |
| Ansiedlung von Behörden in strukturschwachen Regionen .. | 30 |
| Potenziale der Kreislaufwirtschaft | 34 |
| <i>Region gestalten</i> fördert Resilienz in Regionen | 38 |

| | |
|---|----|
| Sicherung der Daseinsvorsorge | 42 |
| Heimat 2.0 – Digitalisierung als Chance | 46 |
| Mobilität in ländlichen Räumen (MogLeb) | 50 |
| Bedarfsorientierte Pflegestrukturen | 52 |
| Datentool für die regionale Daseinsvorsorge | 54 |
| Regionale und interkommunale Zusammenarbeit | 56 |
| Regionale Open Government Labore | 60 |
| Regiopolen und Regiopolregionen | 64 |
| Demografischer Wandel, regionale und kulturelle Identität .. | 68 |
| Wissensportal Transformation von Klöstern | 72 |
| Wissensverbund Regionale Kultur | 74 |
| Digitale Kulturbühne | 76 |

Region gestalten – Neue Ansätze für ländliche Räume

Das Programm Region gestalten zielt darauf ab, ländliche Regionen als attraktive Lebens-, Wirtschafts- und Kulturräume zu entwickeln und damit zur Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen in Deutschland beizutragen.

Zukunftsperspektiven für alle Regionen

Deutschland ist regional, strukturell und kulturell von jeher sehr vielfältig. Diese Vielfalt ist traditionell bedingt, identitätsstiftend, bereichert die Regionen und prägt das Leben in Deutschland. Das gilt es zu bewahren. Gleichwohl bestehen innerhalb Deutschlands regionale Unterschiede bezüglich der Lebens- und Arbeitsbedingungen, wie beim Zugang zu Angeboten der Daseinsvorsorge, der Infrastruktur, Mobilitätsangeboten sowie bei Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten. Diese Unterschiede werden verstärkt durch globale „Megatrends“, wie z. B. Globalisierung, Demografie, Gesundheit, Mobilität, Umwelt- und Ressourcenschutz oder Urbanisierung, aber auch Effekte des Neuen Arbeitens (Arbeit 4.0, moderne Arbeitsteilung). Das trifft besonders auf strukturschwache ländliche oder im Strukturwandel befindliche Regionen zu.

Gleichwertige Lebensverhältnisse: Aufgabe der Politik

Gleichwertige Lebensverhältnissen gehören zu den zentralen Leitvorstellungen der räumlichen Entwicklung des Bundes und der Länder. Sie sind wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland, denn nur mit ausgewogenen Lebens- und Arbeitsverhältnissen, einer intakten Umwelt, Zugang zu Bildung, Infrastrukturen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge und guten Rahmenbedingungen für die freie Entfaltung aller Menschen funktioniert das soziale Miteinander und die Chance auf die Teilhabe aller.

Durch ein koordiniertes Miteinander von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sollen Menschen überall in Deutschland in allen Lebensphasen gute Lebensperspektiven haben.



Was sind „Gleichwertige Lebensverhältnisse“?

Gemäß § 2 Raumordnungsgesetz (ROG) sind im Gesamttraum der Bundesrepublik Deutschland und in seinen Teilräumen „ausgeglichene soziale, infrastrukturelle, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Verhältnisse anzustreben. Dabei ist die nachhaltige Daseinsvorsorge zu sichern, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Innovation sind zu unterstützen, Entwicklungspotenziale sind zu sichern und Ressourcen nachhaltig zu schützen. Diese Aufgaben sind gleichermaßen in Ballungsräumen wie in ländlichen Räumen, in strukturschwachen wie in strukturstarken Regionen zu erfüllen“.

Prioritäre Maßnahmen zur Erreichung des Gleichwertigkeitsziels

Für eine Neuaufstellung und eine Verstärkung der gemeinsamen Anstrengungen wurde im Juli 2018 die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ durch die Bundesregierung mit Beteiligung der Länder und der kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund) eingesetzt. Die Kommission hatte die Aufgabe, Handlungsempfehlungen mit Blick auf unterschiedliche regionale Entwicklungen und den demografischen Wandel in Deutschland zu entwickeln.

Auf der Basis der Vorschläge wurden im Juli 2019 mit „Unser Plan für Deutschland“¹ zwölf prioritäre Maßnahmen zur Umsetzung beschlossen, zu denen auch die Stärkung der ländlichen Räume gehört.



Hof Prädikow – Prototyp für modernes Leben und Arbeiten in ländlichen Gebieten.
© Netzwerk Zukunftsorte e.V.

Der direkte Handlungsauftrag der Raumordnung zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse ergibt sich aus § 2 Abs. 2 Nr. 1 Raumordnungsgesetz (ROG). Dabei handelt es sich um eine gemeinsame Aufgabe, die der Bund zusammen mit den Ländern und Kommunen, der Wirtschaft und der Gesellschaft verfolgt. Auf Bundesebene sind mehrere Ressorts entsprechend ihrer Zuständigkeitsbereiche beteiligt.

Im Jahr 2020 umfassen ländliche Räume in Deutschland nach der Abgrenzung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) 68 % der Fläche und 32 % der Bevölkerung. Betrachtet man alle Regionen außerhalb der Großstädte und Stadtregionen, dann zählen sogar über 91 % der Fläche des Bundesgebietes zu ländlichen Räumen, in denen über 57 % der Bevölkerung leben². Städtische und ländliche Räume können nicht unabhängig voneinander betrachtet werden, sondern weisen vielfältige Verflechtungen auf. Ländliche Räume unterscheiden sich zudem sehr stark hinsichtlich ihrer Funktionen und Entwicklungsdynamik. Daraus leiten sich differenzierte Anforderungen an die Strategien und Instrumente der Raumordnung und -entwicklung und der Regionalpolitik ab. Ziel ist es, alle ländlichen Regionen zu attraktiven Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsräumen weiter zu entwickeln.

¹ Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2019): Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall. Berlin.

² Projekt „Monitoring Ländliche Räume“ des Thünen-Instituts; siehe: <https://www.thuenen.de/de/lr/projekte/monitoring-laendliche-raeume/>



© Bim, iStock

Zahlen und Fakten zu *Region gestalten* (Stand: Juni 2022)

- Vier thematische Initiativen mit 53 regionalen Modellvorhaben
- Sechs Studien und Forschungsprojekte
- Drei Datentools bzw. Wissensportale
- Ein Beratungsnetzwerk
- Ein Modellvorhaben aus dem Sofortprogramm Kohleausstieg

Region gestalten zeigt beispielhaft auf, wie bestehende regionale Disparitäten verringert und eine nachhaltige Regionalentwicklung umgesetzt werden kann.

Das Programm unterstützt Maßnahmen aus dem Bereich der Raumordnung und des gesellschaftlichen Zusammenhalts mit der speziellen Ausrichtung auf ländliche Räume. Sie zielen auf eine nachhaltige Raumentwicklung ab und orientierten sich an den „Leitbildern und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“¹, an den Schlussfolgerungen der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ und deren Ausgestaltung in „Unser Plan für Deutschland“² sowie an der „Territorialen Agenda 2030. Eine Zukunft für alle Orte“³, die den handlungsorientierten Rahmen zur Förderung des territorialen Zusammenhalts in Europa bildet.

Region gestalten: Wichtige Impulse für ländliche Räume

Mit dem Programm *Region gestalten* leistet das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) wichtige Beiträge zur Weiterentwicklung ländlicher Räume und zur Schaffung von gleichwertigen Lebensverhältnissen.

Finanziert wird das Programm *Region gestalten* aus dem Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE). Im Rahmen des BULE setzen seit dem Jahr 2019 das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), das BMWSB, das BMI, Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) eigenständige thematische Schwerpunktbereiche um.

1 Geschäftsstelle der Ministerkonferenz für Raumordnung im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (Hrsg.) (2016): Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland. Berlin.

2 Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2019): Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall. Berlin.

3 Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.) (2020): Territoriale Agenda 2030. Eine Zukunft für alle Orte. Informelles Treffen der Ministerinnen und Minister für Raumordnung, Raumentwicklung und/oder territorialen Zusammenhalt. 1. Dezember 2020, Deutschland. Berlin.

Ein Programm mit vier thematischen Schwerpunkten

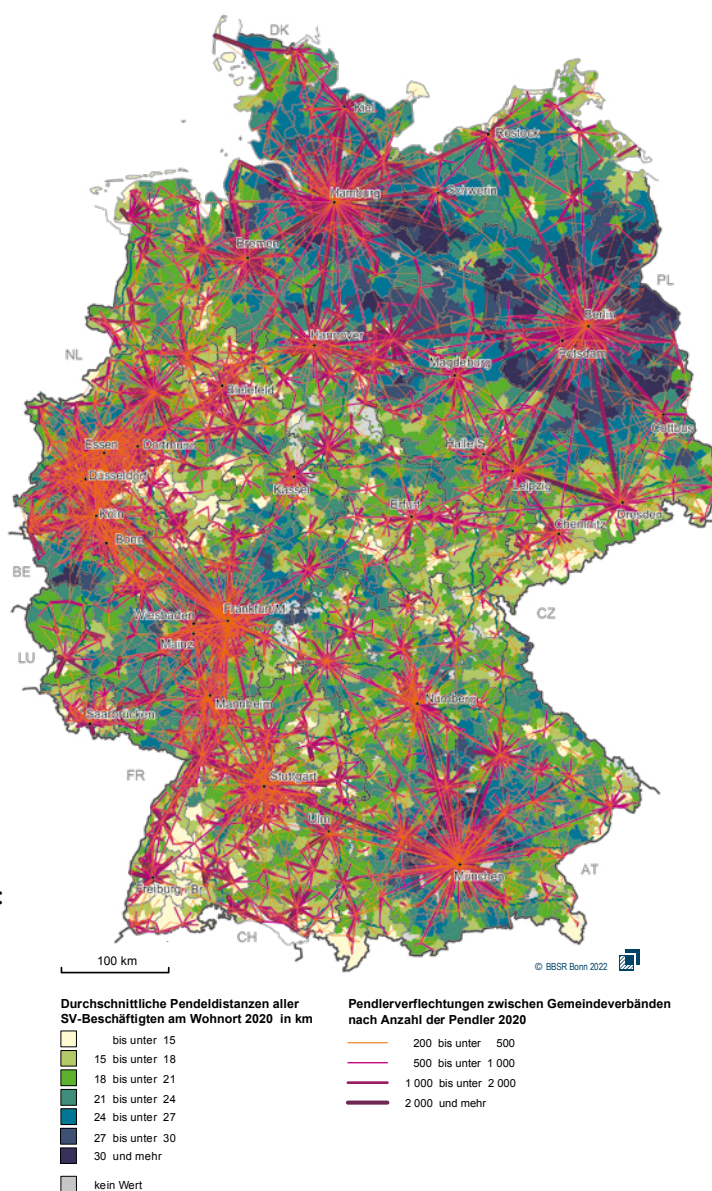
Region gestalten ist ein Wissensprogramm. Das bedeutet, dass bundesweit Impulse für die ländliche Entwicklung gegeben, neue Ansätze in unterschiedlichen Themenbereichen modellhaft umgesetzt und die gewonnenen Erkenntnisse aus den regionalen Modellvorhaben, aber auch den Studien und begleitenden Forschungsprojekten, praxisnah aufbereitet werden. Dadurch werden neue Erkenntnisse in den politischen Diskurs und in neue Handlungsansätze eingebracht. Zudem erhalten ländliche und strukturschwache Regionen praxisorientierte, übertragbare Anregungen im Sinne eines Wissenstransfers von guten Ansätzen, Methoden, Instrumenten und Vorgehensweisen aus den geförderten Regionen.

Das Programm konzentriert sich auf vier thematische Schwerpunkthemen:

- Strukturwandel und regionale Strukturpolitik:**
 Dazu gehört die Unterstützung der vom Strukturwandel betroffenen ländlichen Regionen (z. B. Kohleregionen) sowie die Erforschung und Erprobung von Instrumenten zu integrierten Förderansätzen in der Regionalentwicklung, zur Dezentralisierung und zur Stärkung regionaler Entwicklungsplanungen.
- Sicherung der Daseinsvorsorge zur Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse:**
 Das umfasst u. a. die Handlungsfelder Mobilität, Pflege, Nahversorgung einschließlich der Nutzung von Digitalisierungspotenzialen.
- Regionale und interkommunale Zusammenarbeit:**
 Das beinhaltet die Aspekte „Stadt-Land-Partnerschaften“ und „Governance“.
- Demografischer Wandel, regionale und kulturelle Identität:**
 Hierzu zählt die Erprobung und Erforschung von Strategieansätzen zur Bewältigung der räumlichen Folgen des demografischen Wandels und zur Stärkung des Zugangs zu kulturellen Angeboten auch in ländlichen, dünn besiedelten Regionen.

Diese vier thematischen Schwerpunkte werden im Rahmen von Vorhaben mit einer Laufzeit von ein bis drei Jahren bearbeitet. Es gibt im Wesentlichen zwei verschiedene Arten von Vorhaben. Das sind zum einen thematische Initiativen mit der Umsetzung von mehreren regionalen Modellvorhaben inklusive der Begleitung durch eine Forschungs- bzw. Projektassistenz und zum anderen Einzelprojekte. Die Einzelprojekte umfassen Studien und Forschungsprojekte, Datentools und Wissensportale sowie Beratungsnetzwerke.

Abb. Pendeldistanzen und -verflechtungen



Quelle: BBSR Bonn 2022; Datenbasis: © Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Ein- und Auspendler auf Gemeindeebene, Nürnberg 2021; Geometrische Grundlage: Gemeindeverbände (generalisiert), 31.12.2020 © GeoBasis-DE/BKG; Bearbeitung: T. Pütz

Mit den Vorhaben werden Regionen durch konkrete Maßnahmen gestärkt bzw. neue Handlungsansätze in den Regionen entwickelt. Die gemeinsamen, verbindenden Intentionen der Vorhaben und somit von *Region gestalten* sind:

- Stadt und Land gemeinsam entwickeln
- Arbeitsplätze in strukturschwache bzw. vom Strukturwandel betroffene Regionen bringen
- Ländliche Räume durch neue Mobilitätskonzepte besser anbinden
- Chancen der Digitalisierung für ländliche Räume nutzen
- Gute Daseinsvorsorge und Infrastrukturen sichern
- Herausforderungen des demografischen Wandels bewältigen
- Regionale und kulturelle Identität stärken.



Digitalisierung auf dem Land © Peter Scholl, Westend61

Programmumsetzung: Hand in Hand für ein gemeinsames Ziel

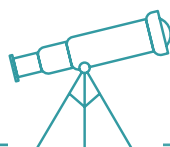
Innerhalb von *Region gestalten* arbeiten alle am Programm beteiligten Akteurinnen und Akteure intensiv und kontinuierlich zusammen. Das Programm wird gemeinsam durch das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) sowie das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) verantwortet und zusammen mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) umgesetzt. Das BBSR begleitet das Programm fachlich-wissenschaftlich und führt es administrativ durch. Außerdem bereitet das BBSR erfolgversprechende neue Handlungsansätze für die Praxis auf und leitet aus den Ergebnissen der Vorhaben auf andere Regionen übertragbare, wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse für die Entwicklung ländlicher Räume ab.

Dazu werden unterschiedliche Analyse- und Auswertungsmethoden, wie u. a. Dokumenten- und Datenanalysen, Vor-Ort-Besuche, leitfadengestützte Interviews und programminterne Veranstaltungen sowie Vernetzungs- und Austauschformate der Vorhaben genutzt. Zudem organisiert das BBSR den Transfer in die Praxis und berät das BMWSB und das BMI bei der Programmumsetzung. Für den zielgruppengenauen Wissens-, Informations- und Erfahrungsaustausch, die Öffentlichkeitsarbeit und das programmbegleitende Monitoring werden das BMWSB, das BMI sowie das BBSR durch eine Begleitagentur unterstützt.

Die gewonnenen Erkenntnisse werden auf der Internetseite www.regiongestalten.de aufbereitet und veröffentlicht. Zusätzlich werden diese öffentlichkeitswirksam über eigene Veranstaltungsformate des Programms und seiner Vorhaben, der Beteiligung an Veranstaltungen anderer Ressorts und regelmäßigen Formaten wie Newslettern oder das programmeigene Format „*Region gestalten: Einblicke*“ verbreitet.



© Flavio Vallenari, iStock



Ausblick

Nach wie vor unterscheiden sich die Lebensverhältnisse in den Regionen Deutschlands. Daher bleibt die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse weiterhin eine wichtige politische Aufgabe.

Zudem stehen alle Regionen vor weiteren akuten und zugleich längerfristigen Herausforderungen. Dazu gehören die Fragen des Klimaschutzes, der Anpassung an den Klimawandel oder auch der Mobilitäts- bzw. Energiewende (Reduzierung von CO₂-Emissionen und schrittweise Erreichung der CO₂-Neutralität). Wichtig für die zukünftige Entwicklung in den Regionen ist es auch, gegenüber möglichen Risiken, wie z. B. Naturkatastrophen, Wirtschaftskrisen oder auch terroristischen Anschlägen, besser vorbereitet zu sein.

Innerhalb des Programms *Region gestalten* gibt es bereits konkrete Ansätze, die sich mit den verschiedenen Aspekten des Klimaschutzes, der Mobilitäts- und Energiewende sowie der Resilienz befassen. Diese Themen werden zukünftig mit *Region gestalten* noch stärker aufgegriffen. Im Fokus stehen dabei vor allem die Chancen, die sich für die Entwicklung ländlicher und strukturschwacher Regionen durch das verstärkte Aufgreifen von Nachhaltigkeitsthemen und Klimaanpassungsmaßnahmen ergeben.

Aktuell und informativ:

Das Informationsportal *Region gestalten*
www.regiongestalten.de

Erprobung regionaler Lösungsansätze

Thematische Initiativen und Modellvorhaben als Kern von Region gestalten

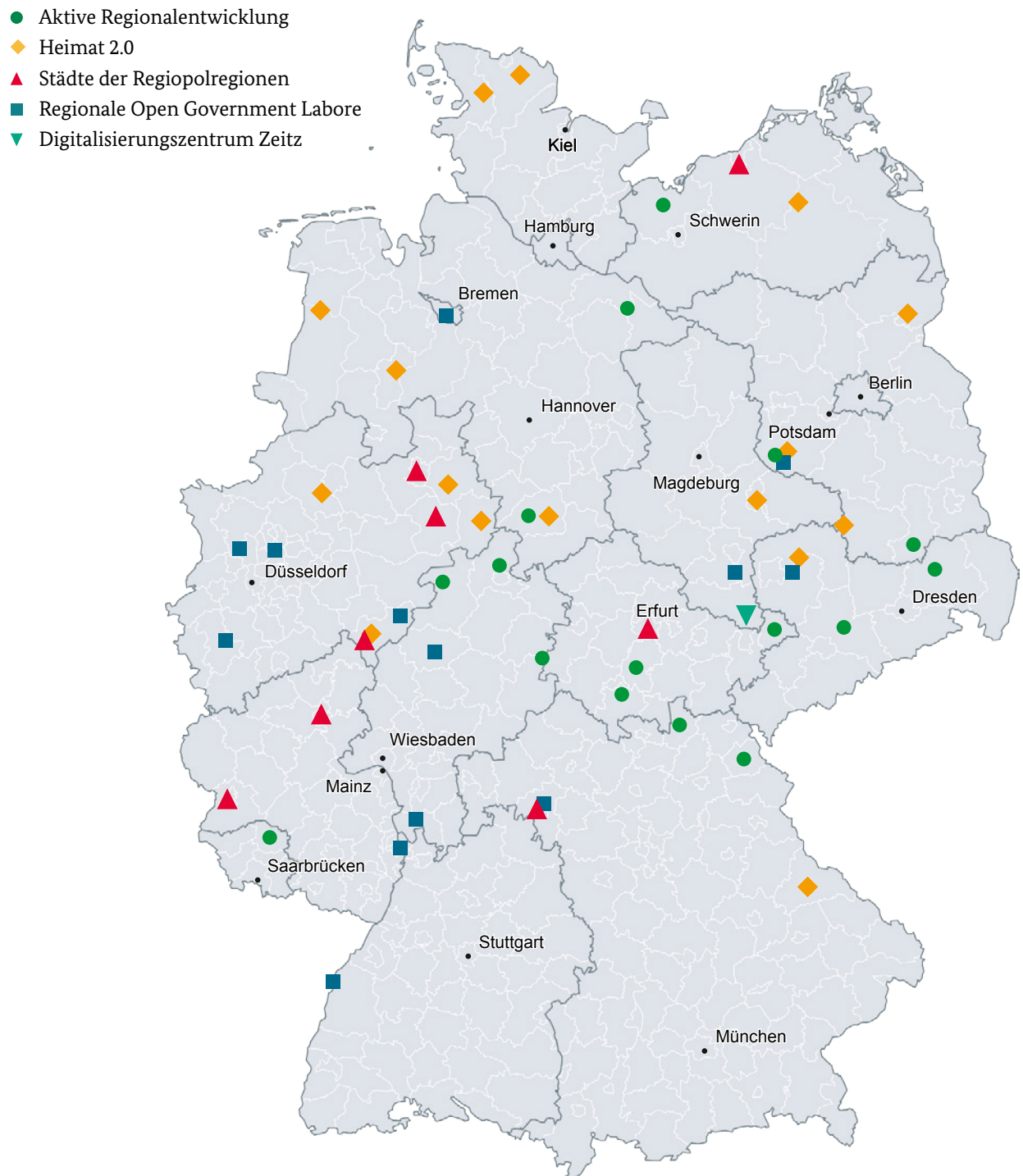
Einen zentralen Bestandteil des Programms *Region gestalten* bilden Modellvorhaben, in denen regionale und übertragbare Lösungsansätze erprobt werden. Grundidee der Modellvorhaben ist es, Prozesse der Regionalentwicklung in ländlichen und strukturschwachen Räumen Deutschlands nicht nur aus dem Blickwinkel der Forschung zu betrachten, sondern gleichzeitig innovative Impulse aus der Praxis zu erhalten.

Bisher wurden im Rahmen von Förderaufrufen vier verschiedene thematische Initiativen auf den Weg gebracht, die jeweils bis zu 20 Modellvorhaben umfassen. Die thematischen Initiativen sollen Erkenntnisse zu verschiedenen Bereichen liefern. Während in „Aktive Regionalentwicklung“ Ansätze der strategischen Planung und deren Umsetzung erprobt werden, beleuchtet „Heimat 2.0“ die Potenziale der Digitalisierung für die Entwicklung in ländlichen Regionen. In den „Regionalen Open Government Laboren“ wird die Entwicklung neuer, offener Dialog- und Beteiligungs-

prozesse von Kommunen und Zivilgesellschaft unterstützt. Die Modellvorhaben im Rahmen „Regiopolen und Regiopolregionen“ untersuchen die Vorteile von Stadt-Land-Partnerschaften anhand verschiedener thematischer Schwerpunkte. Das „Digitalisierungszentrum Zeit“ geht als einzelnes Modellvorhaben auf das Sofortprogramm für den Strukturwandel in den vom Kohleausstieg betroffenen Regionen aus dem Jahr 2019 zurück. Zum aktuellen Stand umfasst das Programm *Region gestalten* 53 Modellvorhaben.

Je Aufruf bewarben sich bis zu 100 Interessierte mit Projektskizzen um eine Förderung. Die ausgewählten Vorhaben haben bis zu drei Jahre Zeit, um ihre Projektideen umzusetzen. In dieser Zeit wird großer Wert auf den Erfahrungsaustausch zwischen den Modellvorhaben gelegt. Um darüber hinaus den Ergebnistransfer für die Regionalentwicklung sicherzustellen, wird jede thematische Initiative von einer Forschungsassistenz begleitet, die an der Beantwortung von übergeordneten Forschungsfragen arbeitet. Die Ergebnisse aus den Modellvorhaben sollen so verallgemeinert und einer breiten Fachöffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Abb. Geförderte Modellvorhaben des Programms Region gestalten



Datenbasis: Geometrische Grundlagen: Kreise (generalisiert), 31.12.2018 *Quelle: GeoBasis-DE/BKG; bearbeitet 2022: M. Sobisch, BBSR*

Strukturwandel und regionale Strukturpolitik



© Jens Beuttenmueller, Adobe Stock



Im Interview mit Prof. Dr. Rainer Danielzyk, Generalsekretär der ARL

Herr Prof. Dr. Danielzyk, was sind die aus Ihrer Sicht gegenwärtig und zukünftig größten Herausforderungen von strukturschwachen und im Strukturwandel befindlichen Regionen?

Meine Hauptbotschaft ist, dass die Herausforderungen von Regionen teilträumlich sehr differenziert sind. Sicherlich spielt Demografie überall eine Rolle, aber natürlich in unterschiedlichem Ausmaß. Es gibt Regionen, die besonders stark von Alterung und Schrumpfung geprägt sind, andere weniger.

Ein zweiter Punkt ist der ökonomische Strukturwandel, auch dieser wirkt sich sehr unterschiedlich auf Regionen aus. Ich würde sagen, dass auch Regionen, die bisher nicht strukturschwach sind – etwa agrare Intensivgebiete – auf Dauer Probleme bekommen werden. Verantwortlich sind dafür insbesondere der Klimawandel sowie ökologische Gründe. Auch das wird erhebliche Auswirkungen auf den Strukturwandel haben. Insofern gibt es selbstverständlich auch eine ökonomische Dimension beim Strukturwandel.

Auch die Mobilitätsfrage ist eine Herausforderung, die gerade in ländlichen Räumen eine sehr große Rolle spielt. Hier steht praktisch alles zur Disposition – von den Antriebsformen über die Organisationsformen bis hin zum Ausmaß der Mobilität. Das ist auch ein Teil des Strukturwandels.

Das Programm Region gestalten legt seinen Fokus auf verschiedene Facetten des Strukturwandels. Welche Ansätze des Programms halten Sie für besonders wichtig und zielführend?

Ich finde alle Ansätze wichtig. Regionalentwicklung ist ein breites Themenfeld, das kann man schlecht eingrenzen. Man muss für jede Region individuell sehen, was besonders wichtig und ein Instrument der Unterstützungsleistung ist. Es ist ein großes Problem, dass manche Förderprogramme sehr standardisiert angelegt sind. Deshalb ist es wichtig, dass man Förderprogramme so strukturiert, dass sie auf regionsspezifische Eigenarten eingehen können. Es muss natürlich trotzdem eine übergreifende Qualitätssicherung stattfinden.



> **Was ist aus Sicht der Wissenschaft wichtig, damit sich Regionen – auch gemeinsam – stärker mit zukünftigen Herausforderungen auseinandersetzen, und wie können sie dabei Fördermittel gezielter einsetzen?**

Ich habe dafür ein sehr gutes Beispiel: den nordrhein-westfälischen REGIONALE-Ansatz. Es geht nicht darum, diesen NRW-Ansatz für jedes Bundesland zu kopieren. Aber die Grundgedanken finde ich wichtig. Diese bestehen darin, dass man erst einmal in einer Region Netzwerke initiiert, also Regionalentwicklung nicht nur als finanzielle Förderung sieht. Aus diesen entstehenden Netzwerken und Dialogen gehen dann möglichst integrativ orientierte Förderprojekte hervor. Ein gutes Förderprogramm muss solche integrativ gedachten und sektorübergreifenden Projekte vorantreiben. Denn auch die Probleme der Regionalentwicklung oder der Ortsentwicklung sind oft fachgrenzen-, d. h. sektorenübergreifend.

Ein zweiter wichtiger Aspekt ist, dass keine Einzelprojektförderung, sondern möglichst eine Einbindung in Strategien stattfindet. Da ist Nordrhein-Westfalen (NRW) wieder ein Vorbild, da die REGIONALEN eine Gesamtstrategie haben müssen, die von einer Jury ausgewählt wird. In NRW ist auch in anderen Programmen ein Regionales Entwicklungskonzept (REK) als Basis bzw. Bezugspunkt für Einzelanträge von Projekten notwendig, z. B. beim EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung).

Wichtig ist, dass Vorhaben die Chance haben, sich im Laufe des Antragsprozesses noch einmal zu verbessern. Dass man einen exzellenten Förderantrag schreibt, einreicht und genehmigt bekommt, ist nicht die Lebensrealität. Diese Möglichkeit zur Entwicklung der Projekte bieten die REGIONALEN auch. Weil sich die Projektanträge immer wieder bestimmten Auswahlgremien stellen, werden die Projekte im Laufe der Diskussion und der späteren Umsetzung immer besser und passgenauer.

Das wären drei Dimensionen, die ich von einer guten regionalen Förder- und Strukturpolitik erwarte. Aus Sicht des Bundes ist das nicht ganz einfach umzusetzen, weil Abstimmungsbedarf mit den Ländern besteht. Ich finde aber, der Bund kann darauf hinweisen, wie man es gut machen könnte.

Wie können Raumentwicklung und Raumplanung zur Steigerung der Resilienz von Regionen beitragen? Wie kann dieser Prozess durch Förderung unterstützt werden?

Auch das ist nur je Region individuell zu beantworten. Es gibt nicht die Resilienz einer Region, sondern jede Region hat andere Herausforderungen. Manche verstehen Resilienz eher enger im Hinblick auf den Klimawandel und die Abwehr von Umweltgefahren. Andere sagen „Resilienz ist ein breites Thema“ und beziehen auch ökonomische Schocks ein: Wenn eine Region sehr stark von einem Wirtschaftszweig abhängt, dann gehört



Baustofftagebau am Senftenberger See im Land Brandenburg © Jürgen Hohmuth, Zeitort Berlin

- zur regionalen Resilienz auch eine Strategie, wie man mit wirtschaftlichen Veränderungen umgeht. Das umfasst den Aufbau entsprechend breiter, handlungsfähiger Akteursnetzwerke sowie auch Förderprogramme, die die Handlungsfähigkeit der Regionen unterstützen.

Die Regionalplanungen sind in Deutschland unterschiedlich stark aufgestellt – inhaltlich, finanziell, organisatorisch und personell. Wie könnte ein neues Förderprogramm für die Raumentwicklung die Träger der Regionalplanung (TdR) sowie die Regionalplanungsbehörden besser unterstützen?

Es ist zunächst wichtig, dass die Länder selbst die Regionalplanung mit entsprechenden Mitteln ausstatten. Das kann das beste Förderprogramm nicht leisten. Insofern muss es eine ganz klare Botschaft sein, auch vom Bund an die Länder, dass die Länder dafür sorgen müssen, dass die Regionalplanung eine gute Grundausstattung hat. Diese Grundausstattung ist die Voraussetzung und nicht durch Förderprogramme zu ersetzen.

Will der Bund zusätzlich unterstützen, dann sollte er vor allem Qualifikationen fördern, die in Richtung Regionalentwicklung gehen, damit die Beschäftigten der Regionalplanung besser in der Lage sind, bei der Regionalentwicklung mitwirken zu können. Die Verbindung von Regionalplanung und Regionalentwicklung, z. B. durch Fortbildungsmaßnahmen, Tagungen, Workshops oder Lernen kreativer Methoden zu kräftigen, ist eine ganz wichtige Aufgabe, die der Bund unterstützen kann.

Eine zweite wichtige Aufgabe ist die Beschleunigung von Planungen. Wenn die Regionalplanung nicht schneller wird, dann werden angesichts der drängenden Herausforderungen etwa durch Klimawandel und Energiewende die Fachplanungen weiter gestärkt werden müssen. Das kann nicht im Interesse der Regionalplanung sein. Deshalb ist es wichtig bei dem Beschleunigungsthema voranzukommen.



© Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft

Prof. Dr. Rainer Danielzyk ist Generalsekretär der Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (ARL) sowie Professor für Raumordnung und Regionalentwicklung am Institut für Umweltplanung der Leibniz Universität Hannover. Seine Forschungsschwerpunkte sind u. a. Theorie und Empirie der Stadt- und Regionalentwicklung, Raumordnung, insbes. Regionalplanung, Regionale Entwicklungsstrategien und Planungstheorien/-kulturen.

Aktive Regionalentwicklung

Im Rahmen dieser thematischen Initiative werden Erstellung und Umsetzung von strategischen Regionalentwicklungskonzepten (SREK) erprobt.

Die thematische Initiative „Aktive Regionalentwicklung“ unterstützt 16 Modellregionen darin, strategische Regionalentwicklungskonzepte (SREK) aufzustellen und umzusetzen. Sie zielt darauf ab, in den ausgewählten Modellvorhaben die regionalbezogene Strategieentwicklung und die Umsetzung von strategisch bedeutsamen regionalen Entwicklungsvorhaben zu unterstützen und zu begleiten. Damit soll ein Beitrag zur Erhöhung der Arbeits- und Lebensqualität in der jeweiligen Region und zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland geleistet werden. Zielgebiet der Fördermaßnahme sind insbesondere ländliche Regionen, die von Strukturschwäche bzw. sich abzeichnender Strukturschwäche gekennzeichnet sind.

Beschreibung der Aufgabenstellung

Strukturschwächere Regionen verfügen nur begrenzt über Kapazitäten, um neben der Bearbeitung von Pflichtaufgaben Strategien für die regionale Entwicklung auszuarbeiten, Kooperationsstrukturen aufzubauen und durch konkrete Projekte mit Leben zu füllen. In der Umsetzungsphase muss oft ein Denken in Legislaturperioden und engen kommunalen Grenzen überwunden und die politische Zustimmung kontinuierlich gesichert werden.

Die thematische Initiative „Aktive Regionalentwicklung“ greift diese Problematik auf. Gegenstand der Modellvorhaben ist ein regionaler Austausch über bevorstehende Herausforderungen und die Konzipierung strategischer Regionalentwicklungskonzepte (SREK). Exemplarisch werden außerdem in jeder Modellregion ein oder mehrere Leuchtturmprojekte umgesetzt.

Die Träger der Regionalplanung (TdR) sind als Zuwendungsempfänger, Kooperationspartner oder in Entscheidungsgremien eingebunden. Ihre besondere Stärke liegt darin, dass sie fachübergreifend und überörtlich integriert ausgerichtet sind und alle fachlichen Ansätze der räumlichen Entwicklung berücksichtigen.

Was ist ein strategisches Regionalentwicklungskonzept – SREK?

Wichtige Instrumente der Regionalplanung und -entwicklung sind Regionale Entwicklungskonzepte (REK) und Regionalpläne. Ein informelles Regionales Entwicklungskonzept unterscheidet sich von einem formellen Regionalplan vor allem dadurch, dass Planungen mit Umsetzungsschritten unterlegt werden. Es wird darin nicht nur ein Ordnungsrahmen für die räumliche Entwicklung insbesondere in Form von



Sinnbild des Strukturwandels in der Region: Marina mit Floating Houses und Braunkohlekraftwerk Boxberg/OL am Bärwalder See © ZV LSS/Jochen Rausch (Modellvorhaben Strategisches Entwicklungs- und Handlungskonzept für das länderübergreifende Lausitzer Seenland)

Flächenausweisungen gesetzt, sondern es werden auf der Basis eines kooperativ abgestimmten Leitbildes (regionaler Konsens) und daraus abgeleiteter Ziele und Maßnahmen Projekte angestoßen, die die Lebensbedingungen in der Region verbessern sollen. Hierfür müssen im Rahmen der Konzepterstellung klare Verantwortlichkeiten benannt werden.

Dagegen ist ein strategisches Regionalentwicklungskonzept (SREK) durch eine thematische Fokussierung und Konzentration (Priorisierung) auf die zentralen regionalspezifischen Herausforderungen gekennzeichnet. Es geht dabei ebenfalls um einen integrierten Ansatz (also keine rein sektorale Fokussierung), aber nicht um eine allumfassende Konzeption der regionalen Entwicklung. Es werden innovative, regionalspezifische Lösungsansätze auf ein strategisches Ziel fokussiert und umsetzungsorientiert aufgearbeitet. Es ist mehr als eine kurzfristige Zielformulierung, sondern bietet eine mittel- bis langfristige Perspektive und enthält transparente methodische und organisatorische Vorgaben zur Zielerreichung. Dazu gehören auch konkrete Finanzierungsansätze.

Ein SREK ist somit mehr als die bloße Addition von umzusetzenden Einzelprojekten. Vielmehr ist es ein strategisch ausgerichtetes Konzept, das institutionell verankert ist und bei Bedarf an sich verändernde Rahmenbedingungen angepasst wird.

Die Ziele sollen so formuliert sein, dass sie auch ambitionierte Visionen konkretisieren. Zudem sollen sie stringent, konkret und gleichzeitig resilient sein. Grundsätzlich sollen die Leitbilder eines SREK kontinuierlich in der Region gemeinsam überprüft werden.

Insoweit sollte ein SREK immer eine Erfolgskontrolle (Monitoringkonzept) enthalten. Ein SREK muss sich mit den Vorgaben der Raumordnung und Regionalplanung transparent auseinandersetzen und im besten Sinne kooperativ die Träger öffentlicher Belange, Politik und Verwaltung sowie wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure einbinden. Ein SREK kann deshalb nicht allein von einer Verwaltungseinheit bearbeitet werden, sondern braucht eine breite öffentliche Beteiligung.

Welche Rolle spielen Umsetzungsprojekte?

Ein wichtiger Gegenstand der Modellvorhaben ist die Umsetzung von konkreten Projekten in strategisch wesentlichen Handlungsfeldern. Diese füllen die SREK mit Leben aus und fördern in den Regionen das Verständnis, dass SREK auch über die Projektlaufzeit hinaus als Basis für die Umsetzung weiterer Projekte wichtig sind (Verstetigung).

Die 16 Modellvorhaben der Initiative „Aktive Regionalentwicklung“ sind durch eine breite thematische Vielfalt gekennzeichnet. Diese lässt sich in vier thematische Schwerpunkte gliedern:

1. Wertschöpfungsketten und nachhaltiger Umgang mit regionalen Ressourcen (einschließlich Umwelt und Energie)
2. Regional Governance und interkommunale Kooperation (mit dem Fokus auf Siedlungsentwicklung)
3. Daseinsvorsorge (Mobilität, Nahversorgung, Kultur)
4. Innovation, Wirtschafts- und Arbeitswelt

Region

Kurzbeschreibung des Modellvorhabens

Wertschöpfungsketten und nachhaltiger Umgang mit regionalen Ressourcen (einschließlich Umwelt und Energie)

| | |
|---|--|
| Naturpark Diemelsee (Hessen, NRW) | Bundesländerübergreifende klimawandelgerechte Ausrichtung von Waldwirtschaft und Tourismus |
| Landkreis Mittelsachsen | Sagen als verknüpfendes Element einer nachhaltigen Entwicklungsstrategie und Basis für regionale Produkte, Wertschöpfung und regionale Identität |
| Ilm-Kreis (Biosphären-reservat Thüringer Wald) | Inwertsetzung regionaler Ressourcen wie Holz, Wasser, Humankapital und regionale Produkte |
| Landkreis Lüchow-Dannenberg, Landkreis Lüneburg (Nordost-Niedersachsen) | Verbesserung der regionalwirtschaftlichen Situation durch eine regionale Innovations-, Transfer- und Nachhaltigkeitsstrategie |
| Landkreis Oberspreewald-Lausitz | Verknüpfung regionaler Erzeugnisse sowie touristischer Angebote durch zwei neue Themenradrouten über Kreis- und Landesgrenzen hinweg |

Regional Governance und interkommunale Kooperation (mit Fokus auf Siedlungsentwicklung)

| | |
|---|---|
| Oberzentrum Südthüringen | Kommunale Arbeitsgemeinschaft der Städte Suhl, Zella-Mehlis, Schleusingen und Oberhof zur Gründung eines gemeinsamen Oberzentrums |
| Landkreis Nordwestmecklenburg | Interkommunale Kooperation zur Aktivierung der Region im demografischen Wandel und Stärkung der wohnbaulichen Entwicklung durch Quartierskonzepte |
| Landkreis Northeim | Mobilisierung von Innenentwicklungspotenzialen zur Attraktivitätssteigerung von Innenlagen als Arbeits- und Wohnorte durch interkommunale Kooperation |
| Zweckverband Lausitzer Seenland Sachsen | Umnutzung, Sanierung und Renaturierung ehemaliger Braunkohletagebauegebiete als Erholungs-, Wohn- und Arbeitsstandorte |

Daseinsvorsorge (Mobilität, Nahversorgung, Kultur)

| | |
|------------------------------------|--|
| Landkreis Sankt Wendel | Verbesserung der Grundversorgung durch Revitalisierung von Ortskernen als soziale Treffpunkte und zur Bestellung und Abholung von regionalen Erzeugnissen |
| Landkreis Wunsiedel-Fichtelgebirge | Verbesserung der Daseinsvorsorge durch die pilothafte Einrichtung von Teilhabestationen als Modell für dünn besiedelte Teilbereiche der Europäischen Metropolregion Nürnberg |

Innovation, Wirtschafts- und Arbeitswelt

| | |
|---|---|
| Landkreis Altenburger Land | In einem „Zukunftsinkubator“ erhalten regionale Akteursgruppen aus Wirtschaft, Forschung und Verwaltung einen Wissens-Input, sie erarbeiten gemeinsam das SREK und setzen es um. |
| Landkreis Kronach (Lucas-Cranach-Campus) | Region und Hochschule arbeiten Hand in Hand bei Bildungsprojekten in der Region zur Vorbereitung auf die Industrie 4.0 und zur Sensibilisierung der Gesellschaft für MINT-Themen. |
| Kassel-Land (Region der Mitte) | Die Region in Randlage dreier Bundesländer erarbeitet zusammen einen Regionalatlas, gründet regionale Kompetenzzentren und erstellt eine Kooperationsplattform. Diese Instrumente legen den Grundstein für länderübergreifende Governance-Strukturen. |
| Kaliregion (Landkreise Hersfeld-Rotenburg, Fulda und Wartburgkreis) | Begegnung des Strukturwandels mit den neuen Schwerpunkten digitale Arbeitswelten, interkommunale Gewerbeflächenentwicklung, Stärken von Forschung und Entwicklung sowie der Förderung einer bergbaubezogenen Erinnerungskultur |
| Wiesenburg/Mark | Umsetzung moderner Ansätze wie CoWorking und CoLiving, Sozialunternehmertum und Sharing Economy in der Region |

Die unterschiedliche thematische Ausrichtung der Modellvorhaben und die jeweiligen Rahmenbedingungen in den Regionen machen es möglich, eine große Bandbreite bei der Aufstellung von SREKs aufzuzeigen. Die erwarteten Erfahrungen werden genutzt, um das Wissen über eine strategisch ausgerichtete Regionalentwicklung zu vertiefen.

Wesentliche Fragestellungen sind hierbei u. a., welche Akteurskonstellationen und Kooperationsstrukturen sich bewähren, welche Bedeutung die Einbindung der Träger der Regionalplanung bei der Erstellung der SREK hat oder welche Raumzuschnitte am erfolgversprechendsten sind.



Erste Ideen aus dem FabLab werden in der Stadt Kronach getestet
© Modellvorhaben Lucas-Cranach-Campus

Nachdem sich die Teilnehmer aus den Modellvorhaben der thematischen Initiative „Aktive Regionalentwicklung“ zum Kennenlernen der Forschungsassistenz und zum gemeinsamen Austausch untereinander im Herbst 2021 erstmals trafen, steht in den nächsten Jahren eine intensive Arbeitsphase bevor. Während dieser Phase finden halbjährlich Vernetzungstreffen der Modellvorhaben statt, um Erfahrungen auszutauschen und Erkenntnisse der Modellvorhaben gemeinsam zu reflektieren. Die Modellvorhaben werden dabei fortlaufend durch die Forschungsassistenz beraten und bei ihrer Arbeit unterstützt.

Forschungsassistenz: Institut Raum & Energie
Steinbeis-Transferzentrum –
Kooperative Regionalentwicklung
Justus-Liebig-Universität Gießen –
Institut für Geographie
Kontakt: Teike Scheepmaker,
scheepmaker@raum-energie.de
Laufzeit: 2021–2024

Digitalisierungs- zentrum Zeitz

Mit digitalen Projekten stärkt die Stadt Zeitz die Nachwuchsbindung in der Region und begleitet den Prozess des Strukturwandels nachhaltig.

Zeitz als attraktiver Standort

Zeitz liegt im Mitteldeutschen Braunkohlerevier und versteht den Strukturwandel als Chance, sich neu auszurichten. Als eine Stadt der Freiräume mit großem kreativem Potenzial und viel Platz für neue Ideen, möchte Zeitz den Weg für eine zukunftsorientierte, nachhaltige Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze ebnen sowie die Stadt zu einem attraktiven Standort entwickeln. Die digitale Bildung ist ein wesentlicher Faktor für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.



Stadt Zeitz © DZZ

Digitale Transformation

Hier setzt das Digitalisierungszentrum Zeitz (DZZ) an und leistet so einen wichtigen Beitrag zu einem erfolgreichen Strukturwandel im Mitteldeutschen Braunkohlerevier. In den geschaffenen Experimentierräumen unterstützt das DZZ den Auf- und Ausbau digitaler Kompetenzen bei Jung und Alt. Ziele sind die Gestaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse, die Fachkräftesicherung und die Anbindung der ländlichen Räume. In einem kontinuierlichen Prozess leitet das Team viele kleine digitale Transformationen in die Wege. Dazu gehört insbesondere die digitale Bildung für Kinder und Jugendliche als Basis für die zukünftige Gestaltung und Teilhabe, sodass diese ein selbstbestimmter Teil der digitalen Gesellschaft sein können. Ebenfalls im Fokus stehen die Themen Smart City und digitale Gesundheitsvorsorge.



Workshop Lasercutting © DZZ

Vor Ort: Makerspace und LearnLabZ

Das DZZ ist ein Anker- und Treffpunkt rund um digitale und kreative Themen. Hier kommen Menschen zusammen, die sich über Zukunftstechnologien austauschen und ihre Ideen und Visionen in den Experimentierräumen ausprobieren möchten. Der Makerspace ist eine offene und moderne Werkstatt, die allen einen Zugang zu 3D-Druckern, Lasercuttern, einer Elektronik-Werkstatt und einer kreativen Community ermöglicht. Das LearnlabZ ist eine Lehr- und Lernumgebung mit vollausgestattetem Foto- und Videostudio sowie Virtual Reality-Technologie. Schülerinnen und Schüler setzen sich spielerisch und unter pädagogischer Leitung mit innovativer Technik und digitalen Medien auseinander. Das soll die Fachkräfte von heute und morgen fit für ihre zukünftigen beruflichen Aufgaben machen.



3D-Druck Plätzchenform © DZZ



Virtual Reality Workshop © DZZ

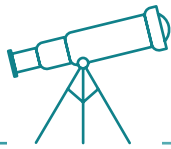
Digital Natives: Förderung digitaler Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern

2021 begrüßte das DZZ zahlreiche Kinder und Jugendliche in den Experimentierräumen. Ob zum Lego-Robotik-Kurs oder zum digitalen Basteln – nach einer kurzen theoretischen Einführung lernen die Kinder spielerisch digitale Innovationen kennen. Insbesondere der Virtual Reality (VR)-Workshop war sehr beliebt: Hier bauten sie mit dem Computerspiel Minecraft das Franziskanerkloster Zeitz digital nach und ergänzten es um kreative und liebevolle Extras. Alle Anfertigungen wurden für die VR-Brille realisiert, sodass sich das Ergebnis mittels 3D-Brille begehen und bewundern lässt.

Digitale Innovationen und Handwerk

Das traditionelle Handwerk zeigt sich offen für digitale Innovationen. Davon zeugt die rege Teilnahme an den

Workshops zum Thema Lasercutting und 3D-Druck. Gemeinsam mit Bildungseinrichtungen werden Jugendliche, die aufgrund ihrer Ausbildung Werkstücke überwiegend analog bearbeiten, an die digitale Bearbeitung herangeführt und zur kreativen Arbeit und Auseinandersetzung mit digitaler Technik ermutigt. Ein gutes Praxisbeispiel ist die Reihe „Gravieren mit dem Lasercutter“. Unter Anleitung eines lokalen Graveurmeisters bekamen junge Erwachsene einer Bildungsmaßnahme die Aufgabe, Alu-Dibond-Schilder für den Schlosspark Moritzburg Zeitz zu lasern. Von der digitalen Planung bis zum fertigen Produkt lernten sie alle notwendigen Schritte zum Gravieren der Schilder kennen. Andere Azubis brachten kreative Vorschläge für den 3D-Druck mit, vom Spatel bis zum Zahnrad. Final bauten sie eine handelsübliche Batterie nach. Mit einem Messschieber maßen sie die notwendigen Längen und bildeten sie später digital im CAD-Planungsprogramm ab. Das Ergebnis war die Erstellung der fertigen 3D-Druckdatei.



Digitale Bildung – kleiner Ausblick

Im Rahmen des Schwerpunkts Smart City plant die Region Zeitz in Kooperation mit dem Beruflichen Gymnasium Burgendlandkreis einen Workshop zur Lora-Funktechnologie. Dabei erlernen interessierte Schülerinnen und Schüler die Funktionsweise dieser Funktechnik. Darüber hinaus eignen sie sich in einem praxisorientierten Ansatz den eigenständigen Zusammenbau der Bauteile an, indem sie 3D-Vektorgrafiken konstruieren und Teile mit dem 3D-Drucker erstellen.

Das DZZ vermittelt mit all diesen Projekten digitale Kompetenzen und fördert gleichzeitig die Vernetzung regionaler Unternehmen mit den Nachwuchskräften zur Stärkung der Nachwuchsbindung.



3D-Druck Plätzchenform © Jenny Gräfe, DZZ

| | |
|---------------|-----------------------|
| Durchführung: | Stadt Zeitz |
| Kontakt: | info@zeitz-digital.de |
| Laufzeit: | 07/2020–07/2022 |
| Website: | zeitz-digital.de |



Virtual Reality Workshop © DZZ

Better Promote: Eine Reise durch die Förderlandschaft

Können Förderprojekte so spannend sein wie eine Reise? Dieser Frage geht das Projekt Better Promote nach – aus dem Blickwinkel der Umsetzenden von Förderprojekten. Ziel ist es, Ansätze für eine serviceorientierte Förderung von strukturschwachen Regionen zu entwickeln.

Engagierte Menschen berichten von ihren Förderreisen

Wer auf eine lange Reise geht, fühlt sich hinterher bereichert. Warum ist das so? Man gewinnt viele neue Erfahrungen und Erkenntnisse. Es ist eine Chance, neue Perspektiven einzunehmen und den eigenen Status Quo zu reflektieren. Und es macht Spaß, den Weg in die Zukunft selbst zu bestimmen.

Better Promote geht davon aus, dass Förderprojekte der Regionalentwicklung viele Gemeinsamkeiten mit einer Reise haben. Das Better Promote-Team möchte herausfinden, wie diese Reise reibungsloser verlaufen kann. Deshalb hat es viele Umsetzende von Förderprojekten in ländlichen Räumen kennengelernt. Die engagierten Menschen aus Kommunen, Unternehmen, Sozialunternehmen und dem Ehrenamt haben in Interviews und Workshops von ihren Förderreisen berichtet.

Fünf Fokusregionen: Schlaglichter einiger Förderreisen



- **Altenburger Land:** In Altenburg setzt der Verein Stadtmensch Mittel der Städtebauförderung für die Belebung der Innenstadt und die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements ein. Er hilft dabei, Fördergelder auf Kleinprojekte zu verteilen und die Ehrenamtlichen von Bürokratie zu entlasten.
- Eine Gemeinschaftsschule im **Kyffhäuserkreis** möchte ein Schulradio einrichten. Um die Radiotechnik zu beschaffen, wird ein Förderprojekt aufgesetzt. Die Antrags-, Zuwendungs- und Vergabeverfahren dauern Jahre. Als das Radio auf Sendung geht, haben die Schülerinnen und Schüler, von denen die Idee ausging, bereits ihren Schulabschluss.
- In **Lüchow-Dannenberg** wird ein ländliches Carsharing aufgebaut. Durch das Mobilitätsangebot können Menschen am sozialen Leben teilhaben oder ihren Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz erreichen. Da das Carsharing als Verein organisiert ist, stehen für die Weiterentwicklung nur wenige Förderprogramme offen.



Mehr Serviceorientierung in der Regionalförderung © uplifted, iStock (MKSTUDIO.de)

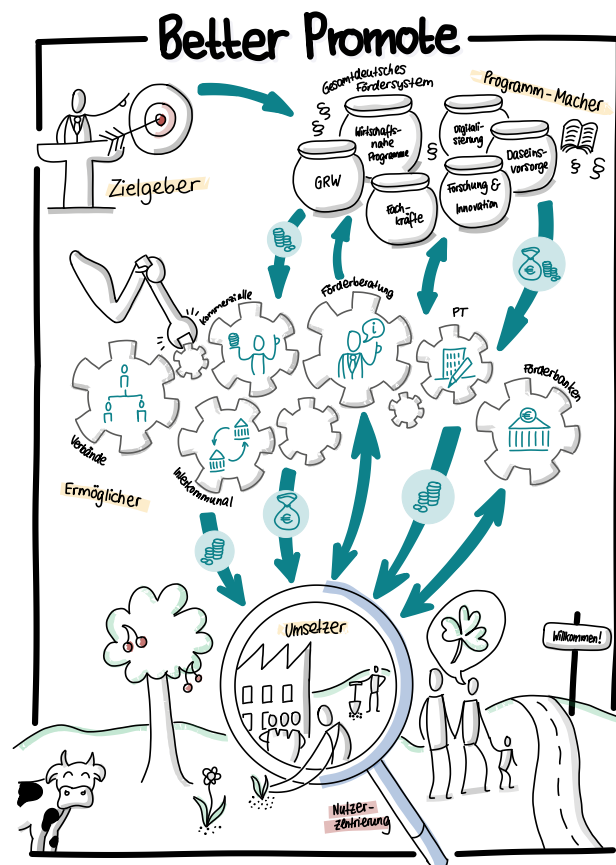
- Die Kommunen in **Nordfriesland** wollen gemeinsam die Digitalisierung voranbringen. Die Stabsstelle Fördermittelscouting des Landkreises hilft dabei, dass die Ideen von allen Beteiligten zu einem gemeinsamen Zielbild zusammenwachsen. So ist der komplexe Antrag für eine Smart Region-Förderung schließlich erfolgreich.
- In der **Prignitz** basiert die Leistungsfähigkeit eines Hightech-Unternehmens auf stetiger Innovation. Verbundprojekte mit Wissenschaftspartnern ermöglichen Grundlagenforschung und Technologieentwicklung. Doch die Abstimmung mit vielen Partnern ist aufwändig. Die Projektverwaltung bindet mehr Personal als die eigentliche Forschung und Entwicklung.

Praxisorientierte Handlungsansätze

Mit vielen Vertreterinnen und Vertretern von Förderprojekten, Förderberatungen und regionalen Netzwerken hat Better Promote kreative Workshops durchgeführt. Dabei wurde interdisziplinär und interaktiv nach der Design Thinking-Methode gearbeitet. Als Ergebnis liegen vielfältige Ideen für eine serviceorientierte Verbesserung von Förderstrukturen und -prozessen vor. Diese Ideen wurden mit den für Förderprogramme zuständigen Stellen in Bund und Ländern zu zentralen Handlungsansätzen verdichtet. Dabei zeichnen sich folgende Schwerpunkte ab:

- das Netz der Förderberatungen stärken,
- Qualifizierung und Wissenstransfer in der Regionalentwicklung unterstützen,
- die ressortübergreifende Zusammenarbeit vertiefen,
- stetiges Feedback in die Programmgestaltung einfließen lassen und
- durch die Digitalisierung die Förderung vereinfachen und beschleunigen.

Diese Handlungsansätze können künftig dazu beitragen, dass die Förderreise für die Umsetzenden von Förderprojekten in strukturschwachen und ländlichen Regionen leichter wird.



Das Zusammenspiel der Akteure in der Regional- und Strukturförderung © Sopra Steria SE

| | |
|---------------|---|
| Durchführung: | Sopra Steria SE, SPRINT – wissenschaftliche Politikberatung PartG |
| Kontakt: | Christina.Boettche@bmi.bund.de HII2@bmi.bund.de |
| Laufzeit: | 06/2020–10/2022 |

Strukturwandel in ländlichen Räumen

In dieser Studie untersuchen zwei Forschungsteams des ifo Instituts und ein Forschungsteam des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) mit volkswirtschaftlichen Methodiken verschiedene Facetten des Strukturwandels in ländlichen Räumen und leiten daraus politische Handlungsempfehlungen ab.

Regionale Entwicklungsperspektiven

Die Studie „Strukturwandel in ländlichen Räumen: Branchen, Unternehmensbiographien und Wertschöpfungsketten“ hat zum Ziel, Aussagen über in der Zukunft wahrscheinliche Veränderungen in den regionalen Ökonomien zu treffen. Darauf aufbauend werden Wege aufgezeigt, wie geeignete staatliche Maßnahmen und Instrumente für gleichwertige Lebensverhältnisse eingesetzt werden können. Die Studie besteht aus drei Gutachten von unterschiedlichen Forschungsteams. Ein Mehrwert ergibt sich daraus, dass die unterschiedlichen Methodiken und Fokusse im Laufe des Projektes verknüpft werden und ein Gesamtbild zum Strukturwandel in ländlichen Räumen entsteht.

Basis künftiger Strukturwandelprojekte

Im ersten Schritt beschreibt die Studie die Ausgangslage in Deutschland. Anhand von aussagekräftigen Regionalindikatoren zu Wirtschaft, Bevölkerung und Staat wird aufgezeigt, wie einzelne Regionen für die anstehenden Herausforderungen gewappnet sind.

Das Ziel ist es, jene Regionen zu identifizieren, die besonders vom Strukturwandel bedroht sind. Darauf aufbauend wird betrachtet, wie der Strukturwandel diese Ausgangslage verändert. Für Deutschland sind die fünf Treiber die Digitalisierung, der Klimawandel, der demografische Wandel, die Globalisierung und der politische Wandel. Die Studie wertet jeweils die internationale Forschungsliteratur aus und ergänzt diese durch eigene empirische Analysen. Daraus kann geschlossen werden, für welche Branchen und Regionen mit negativen Auswirkungen des Strukturwandels zu rechnen ist. Abschließend werden in der Vergangenheit durchgeführte Interventionen bewertet und so die Basis für zielgerichtete Politikmaßnahmen gelegt, die die Herausforderungen und Chancen des Strukturwandels bestmöglich adressieren.

Die Studie „Unternehmensbiographien“, verfasst durch das ifo Institut und die ifo Niederlassung Dresden, betrachtet regionale Unterschiede in Unternehmensgründungen und -biographien. Ausgangspunkt der Untersuchung sind zwei deskriptive Fragen: Wie verteilt sich das Gründungs- und Insolvenzgeschehen in Deutschland in räumlicher und zeitlicher Perspektive?



Tagebau Cottbus Nord und Kraftwerk Jänschwalde, 07.04.2007 © Jürgen Hohmuth/zeitort.de

Und in welchen Regionen sind einmal gegründete Unternehmen auch langfristig erfolgreich, das heißt, weisen einen stabilen Wachstumspfad auf? In einem zweiten Schritt gilt es, herauszuarbeiten, wodurch regionale Unterschiede in Gründungsgeschehen und Unternehmensbiographien bedingt werden und welche regionalen Auswirkungen damit verbunden sind. Die so gewonnenen Erkenntnisse sollen dazu genutzt werden, Handlungsmöglichkeiten für staatliche Stellen aufzuzeigen, um auf regionaler Ebene das Gründungsgeschehen und den langfristigen Unternehmenserfolg zu fördern.

Wertschöpfungsketten in ländlichen Regionen

In der Studie „Wertschöpfungsketten“ beschäftigt sich das IAW Tübingen mit der Frage der Einbindung ländlicher Räume in regionale, nationale und internationale Wertschöpfungsketten. Im Zentrum der Untersuchung steht die Erstellung und Analyse einer interregionalen Input-Output-Tabelle auf Ebene der deutschen Kreise. Diese enthält Informationen zu den interregionalen Handelsverflechtungen. Zunächst wird dargestellt, wie stark und auf welche Weise Regionen in Deutschland in Wertschöpfungsketten auf verschiedenen räumlichen Ebenen eingebunden sind. Untersucht wird auch, hinsichtlich welcher Merkmale sich stärker verflochtene von weniger stark eingebundenen Regionen unterscheiden. In einem zweiten

Schritt wird auf Basis der erstellten Tabellen in Simulationsmodellen der Frage nachgegangen, wie sich bestimmte Arten von Infrastrukturschocks auf Struktur und Dynamik der regionalen Entwicklung in ländlichen Räumen auswirken. Schließlich werden auf Grundlage der empirischen Ergebnisse und im Dialog mit relevanten Stakeholdern die Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten der Politik hinsichtlich der Integration ländlicher Räume in Wertschöpfungsketten ausgelotet.

Ein wesentliches Element der Studie ist der kontinuierliche Austausch mit der Fachöffentlichkeit. Während der Laufzeit der Studie wird von jedem Forscherteam ein Workshop zur Diskussion der ersten Ergebnisse mit Expertinnen und Experten organisiert. Darüber hinaus ist eine große Fachkonferenz geplant.

| | |
|---------------|--|
| Durchführung: | ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. ifo Institut Dresden Institut für angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) |
| Kontakt: | potrafke@ifo.de |
| Laufzeit: | 09/2021–10/2022 |

Ansiedlung von Behörden in strukturschwachen Regionen

Werden strukturschwache Regionen durch die Ansiedlung von Behörden gestärkt? In der Studie „Ansiedlung von Behörden in strukturschwachen Regionen“ wurden Beschäftigte von Behörden in vier Zielregionen befragt und Ergebnisse abgeleitet.

Behördenansiedlungen als Element aktiver Strukturpolitik

Eine vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) veröffentlichte Studie zeigt anhand von vier Fallbeispielen, wie Ansiedlungen von Behörden in strukturschwachen Räumen gelingen können.

Die regionale Verteilung der Bundesbeschäftigten verdeutlicht, dass diese sich überwiegend auf (sehr) zentrale Lagen konzentrieren (siehe Abbildung rechts). Aufgrund eingeschränkt verfügbarer statistischer Daten lässt sich diese Verteilung jedoch nur näherungsweise darstellen.

Interviews und Online-Befragungen lieferten Erkenntnisse zu den Chancen und Herausforderungen von Ansiedlungsvorhaben sowie der Einbettung der Institutionen in die Standortregionen.

Zufriedenheit der Mitarbeitenden mit der Arbeits- und Lebensqualität am neuen Standort

Im Rahmen der Studie wurden vier Fallbeispiele von Behördenansiedlungen auf Basis von leitfadensorientierten Interviews evaluiert. Neben den regionalökonomischen Auswirkungen der Ansiedlungen lag der Fokus der Interviews auch auf der Innensicht der Behörde, wie beispielsweise der Effizienz von Arbeitsabläufen, der Zufriedenheit der Beschäftigten und der Fachkräfterekrutierung. Hierzu wurden Beschäftigte der Behörden aus verschiedenen Hierarchieebenen und Repräsentanten der jeweiligen Zielregion interviewt. Bei den untersuchten Behörden handelt es sich um:

- das Amt für Ländliche Entwicklung (ALE) Oberpfalz in Tirschenreuth,
- das zukünftig in Mühldorf am Inn ansässige ALE Oberbayern,
- die Außenstelle des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) in Weißwasser sowie
- das Umweltbundesamt (UBA) in Dessau-Roßlau.

Ergänzt wurden die Interviews durch Onlineumfragen unter Beschäftigten in zwei der untersuchten Behörden.

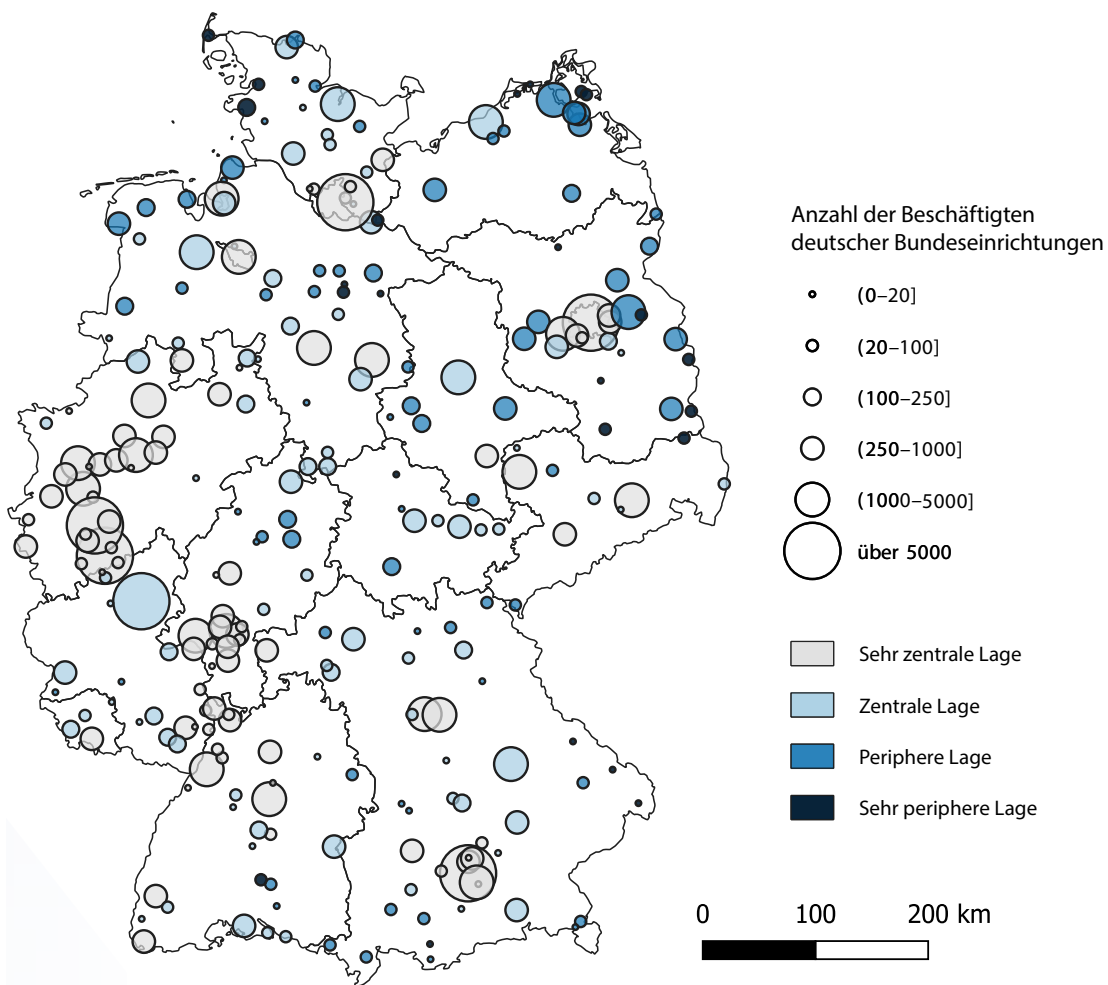
Für den Erfolg einer Behördenansiedlung ist der Standort entscheidend.

Attraktive Arbeits- und Standortbedingungen sind der Studie zufolge wesentlich, um Beschäftigten und ihren Familien Anreize für einen Umzug an einen neuen Standort zu geben. Dazu gehören Beschäftigungsmöglichkeiten für die Partnerinnen und Partner, unbefristete Arbeitsverträge und eine gute infrastrukturelle Anbindung. Hinzu kommen gute Bildungseinrichtungen, schnelles

Internet, ein vielfältiges Freizeit- und ein passendes Wohnungsangebot. Auch wollen sich die Beschäftigten laut Befragung am neuen Standort willkommen fühlen.

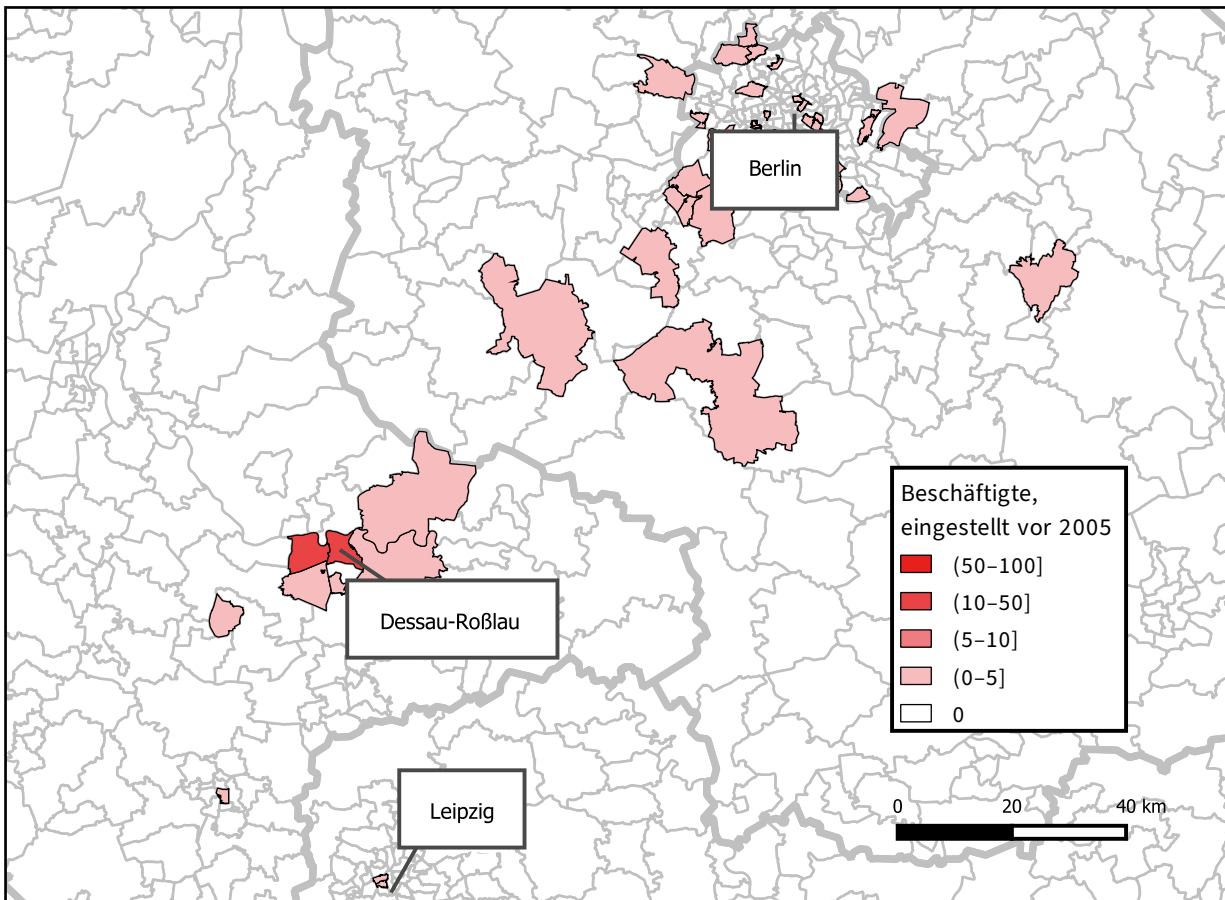
Häufig pendeln Beschäftigte zunächst von ihrem bisherigen Wohnsitz zum neuen Arbeitsort. Dennoch wurde in den untersuchten Behörden von vermehrtem Zuzug in die Regionen der neuen Behörden berichtet. Eine begleitende Umfrage unter den Beschäftigten des 2005 von Berlin nach Dessau verlagertem UBA zeigt zudem, dass Jahre nach der Verlagerung immer mehr Befragte in der Zielregion wohnen (siehe Abbildung nächste Seite).

Abb. Regionale Verteilung der Bundesbeschäftigten



Quelle: Bundesregierung – Drucksache 19/18600 (2020). Digitale Geodaten: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (2021): Verwaltungsgebiete 1:25.000 (Ebenen), Stand 01.01. BBSR Bonn 2021; Darstellung des ifo-Instituts

Abb. Beschäftigte des Umweltbundesamt eingestellt vor 2005 – nach Wohnorten



Quelle: Bundesregierung – Drucksache 19/18600 (2020). Digitale Geodaten: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (2021): Verwaltungsgebiete 1:25.000 (Ebenen), Stand 01.01. BBSR Bonn 2021; Darstellung des ifo-Instituts



Inwieweit die im Vergleich zur Zielregion meist recht kleinen Behörden jedoch nachhaltige Effekte auf die regionale Bevölkerungsentwicklung und die Wirtschaft haben, konnte im Rahmen der Studie nicht ermittelt werden. Befragte, die schon vorher in den Zielregionen lebten, berichteten, durch die Behördenansiedlung neue Beschäftigungsperspektiven erhalten zu haben.

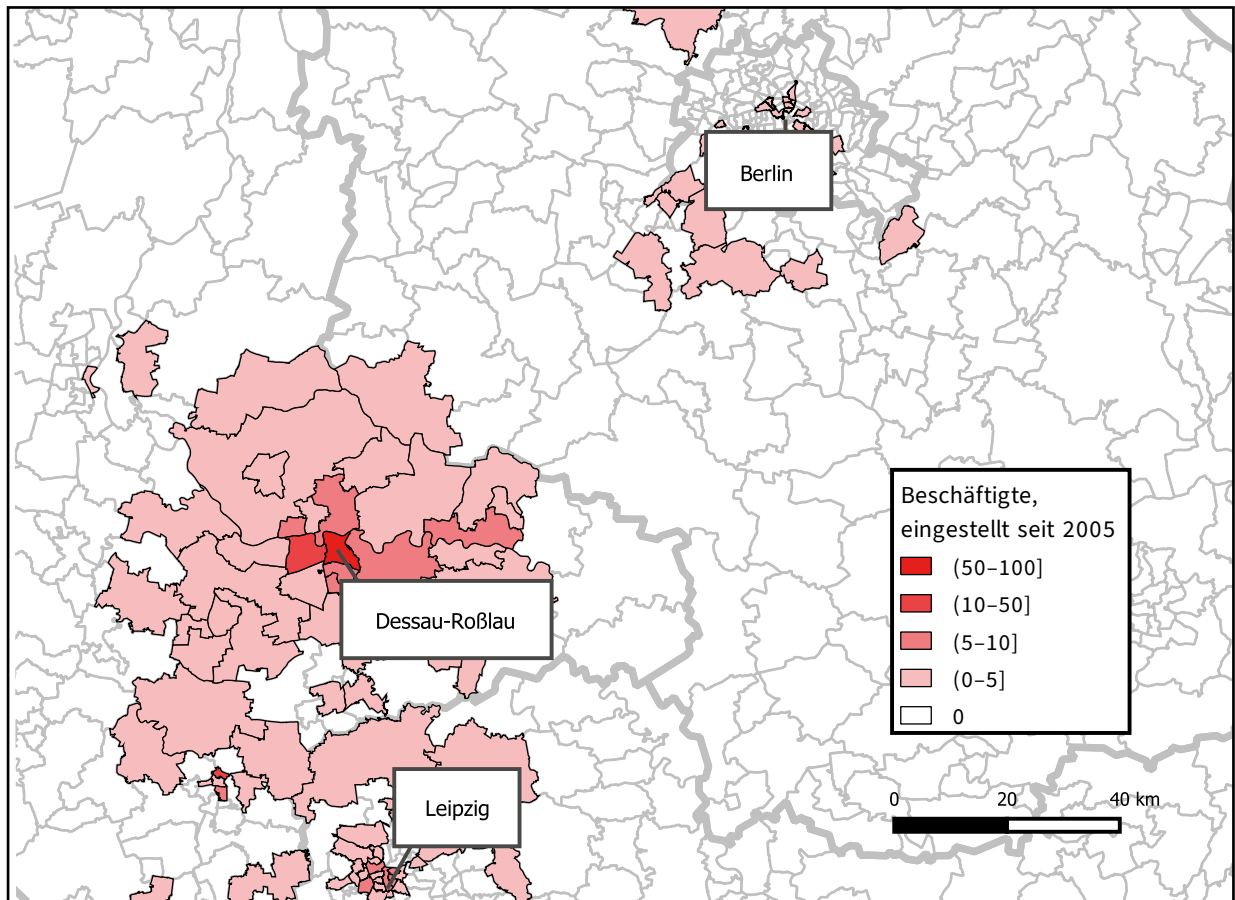
Dies ist besonders in stark vom Strukturwandel betroffenen Regionen von Bedeutung. Behördenansiedlungen tragen somit auch zu einer Diversifizierung der regionalen Beschäftigungsstruktur bei. Die befragten Beschäftigten der Behörden beurteilen die Ansiedlungen mehrheitlich positiv.

Fazit

Die Neuansiedlung einer Behörde ist einer Umsiedlung vorzuziehen. Entscheidende Einflussfaktoren für eine erfolgreiche Regionalförderung durch Behördenansiedlungen sind die Größe der Behörde, die potenzielle Integration in die lokale Wirtschaft und die Struktur des Arbeitsmarktes.

Bei der Auswahl der Zielregionen sollte darauf geachtet werden, dass der Standort eine gewisse Attraktivität sowie eine ausreichende Verkehrs- und Digitalinfrastruktur aufweist, um Beschäftigte in die Region zu holen.

Abb. Beschäftigte des Umweltbundesamt eingestellt seit 2005 – nach Wohnorten



Quelle: Bundesregierung – Drucksache 19/18600 (2020). Digitale Geodaten: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (2021): Verwaltungsgebiete 1:25.000 (Ebenen), Stand 01.01. BBSR Bonn 2021; Darstellung des ifo-Instituts

Durchführung: ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.
ifo Institut Dresden

Kontakt: Prof. Dr. Niklas Potrafke, potrafke@ifo.de

Laufzeit: 11/2020–11/2021



Link zur Online-Veröffentlichung
auf www.regiongestalten.de

Potenzial der Kreislaufwirtschaft

Wie können ländliche Räume von der Kreislaufwirtschaft profitieren? Das untersucht das Forschungsvorhaben „Potenzial der Kreislaufwirtschaft für die ländliche Entwicklung in Deutschland und Europa“.

Kreislaufwirtschaft als Treiber einer ressourcenschonenden ländlichen Entwicklung

Der Ansatz der Kreislaufwirtschaft birgt für eine strukturelle Transformation wirtschaftlicher Prozesse große Potenziale: Kooperationen, Innovationen und neue Geschäftsmodelle erweitern die Wirtschaft, schaffen oder erhalten Beschäftigungsmöglichkeiten, schonen Ressourcen und stärken damit die regionale Resilienz. Kleinere und mittlere Städte profitieren beispielsweise von einer Kreislaufwirtschaft, indem im Handwerk oder im produzierenden Gewerbe verstärkt auf Reparaturen und Recycling gesetzt wird. Zirkuläre, ortsbezogene Lösungen sollen in ländlichen Räumen langfristig einen Beitrag zur Verringerung von Ungleichheiten, zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes sowie zur Schaffung und zum Erhalt gleichwertiger Lebensverhältnisse leisten.

Bislang ist der Wissensstand zu den Effekten der Kreislaufwirtschaft in unterschiedlichen Raumstrukturen in Deutschland und Europa jedoch gering. Gut untersuchte Beispiele beschränken sich häufig auf den urbanen Kontext. An dieser Stelle setzt das Forschungsvorhaben an und untersucht die Frage, welche Potenziale die Kreislaufwirtschaft für eine integrierte ländliche Entwicklung in Deutschland bietet.

Aktuell gibt das Vorhaben einen Überblick über die politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen der Kreislaufwirtschaft in Deutschland und Europa. Als Ergebnis entstand die erste Definition von Kreislaufwirtschaft für ländliche Räume. Damit ist der Grundstein gelegt, um Handlungsempfehlungen für eine integrierte ländliche Entwicklung durch die Umsetzung zirkulärer Strategien zu entwickeln.

Der politische und gesetzliche Rahmen der Kreislaufwirtschaft

Die Kreislaufwirtschaft ist eine zentrale Stellschraube in den zahlreichen Strategien der EU, um den drängenden Fragen des Klimawandels und des Ressourcenschutzes zu begegnen. Verweise auf das Konzept finden sich etwa im Green Deal, in der Kreislaufwirtschaftsstrategie sowie in der Territorialen Agenda 2030 der EU. In der EU gilt die Kreislaufwirtschaft dabei als eine Stellschraube für den Wandel hin zu einem „grünen Europa“. Die ersten Untersuchungen zeigen aber auch, dass die regionalen Entwicklungsmöglichkeiten durch die Kreislaufwirtschaft nur selten in strategische Konzepte mit einbezogen werden. Ausnahmen bilden die Territoriale Agenda und die Hightech-Strategie 2025 der Bundesregierung. Beide greifen räumliche Entwicklungspotenziale einer Kreislaufwirtschaft für

ländliche Räume explizit auf. So betrachtet etwa die Hightech-Strategie gestärkte Stadt-Land-Beziehungen, bei denen regionale Kreislaufstrukturen als „Innovations- und Investitionsmotor“ dienen können. Darüber hinaus erleichtern es neue Förderschwerpunkte Kommunen und Regionen, die Themen Kreislaufwirtschaft und Bioökonomie zunehmend für sich als Entwicklungsstrategie zu erschließen. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang die Förderprogramme „Stadt-Land-Plus“ und „Wandel durch Innovation in der Region (WIR)“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Auch das Förderprogramm „Regionen.innovativ“ besetzte im Förderaufruf 2021 das Schwerpunktthema Kreislaufwirtschaft. Die Ergebnisse der Analyse bestehender Programme und Gesetze auf EU-, Bundes- und Bundesländerebene sind in Form eines Mappings dargestellt. Dieses kann unter dem folgenden QR-Code eingesehen werden.



Link auf Erläuterungen zu Rahmenbedingungen in Deutschland und Europa auf www.regiongestalten.de



Europäische Beispiele

Während der gesamten Projektlaufzeit sammelt das Forschungsvorhaben Erkenntnisse aus anderen europäischen Ländern und prüft deren Übertragbarkeit auf ländliche Regionen in Deutschland. Dabei zeigte die europäische Politikfeldanalyse, dass insbesondere die Länder Finnland, Niederlande sowie Frankreich, Spanien und Portugal Vorreiter in der räumlichen Integration von Kreislaufwirtschaft sind. Finnland verfügt beispielsweise über eine Roadmap mit Circular Economy Strategien, die sogar die niedrigste Verwaltungsebene mitumfasst. Auch die südeuropäischen Länder weisen den verschiedenen administrativen Ebenen klare Zuständigkeiten zu. Die Niederlande haben sich das Ziel gesetzt, bis 2050 vollständig zirkulär zu sein, einzelne Provinzen bereits sogar schon bis 2030. Dafür erstellen die Provinzen Stoffstromanalysen, um die regionalen Potenziale der Kreislaufwirtschaft zu identifizieren.



Kreislaufwirtschaft – Ein Begriff, viele Bedeutungen

Traditionell wurde der Begriff „Kreislaufwirtschaft“ vor allem in seiner abfallbezogenen Bedeutung genutzt. Dabei geht seine Interpretation inzwischen deutlich darüber hinaus und beinhaltet eine neue Zielsetzung: nachwachsende Rohstoffe, abiotische Materialien und Energie sollen möglichst lang in Stoffkreisläufen gehalten werden. Die Umsetzung in der Praxis erfordert, die regional vorhandenen Lebensläufe der Stoffe, die sogenannten Stoffströme, und die beteiligten Akteure zu betrachten. In anderen Worten: Nur bereits Vorhandenes kann verwendet und in Kreisläufen geführt werden. Für diesen breiteren, systemischen Ansatz wird häufig der englische Begriff der Circular Economy genutzt.

Ein grundlegender Arbeitsschritt im Forschungsvorhaben war es, die abfallbezogene Bedeutung und den systemischen Ansatz der Circular Economy in einer klaren Definition in Einklang zu bringen. Gleichzeitig soll der Begriff anschlussfähig mit anderen politischen Strategien und Fördervorhaben sein, wie beispielsweise der Entwicklung einer deutschen Kreislaufwirtschaftsstrategie. Vor diesem Hintergrund wurden das ursprünglich abfallwirtschaftliche Verständnis und die systemischen Ansätze der Circular Economy in den Begriff der systemischen Kreislaufwirtschaft zusammengeführt und auf den Kontext der ländlichen Entwicklung zugeschnitten (siehe Abb. „Definitionsverständnis der systemischen Kreislaufwirtschaft in ländlichen Räumen“).

Treiber, Hemmnisse, Wirksystematiken, Best Practices und Handlungsempfehlungen

Im Vorhaben werden zunächst fördernde und hemmende Faktoren der Kreislaufwirtschaft für die Entwicklung regionaler zirkulärer Strategien analysiert. Dabei wird der Frage nachgegangen, welche räumlichen Faktoren ausschlaggebend

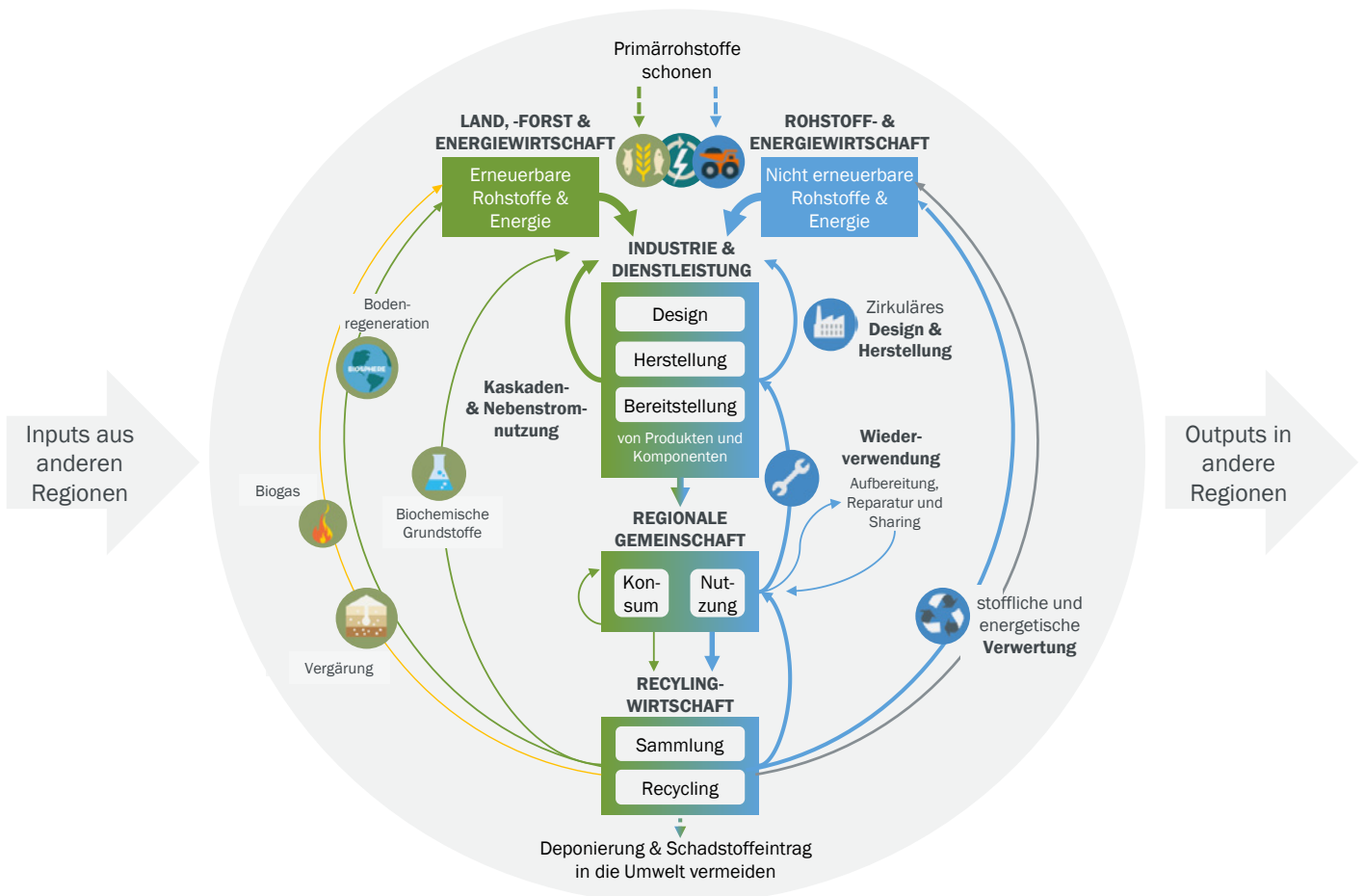
sind, um eine systemische Kreislaufwirtschaft in ländlichen Räumen zu etablieren. Im Ergebnis entsteht eine Wirksystematik der systemischen Kreislaufwirtschaft in verschiedenen Kontexten des ländlichen Raums. Diese Systematik wird im Anschluss mit den vorangestellten Analysen zusammengeführt und durch zwölf Fallbeispiele in Deutschland und Europa validiert. Abschließend werden Handlungsempfehlungen für Entscheidungsträger entwickelt, wie die systemische Kreislaufwirtschaft zur integrierten Entwicklung ländlicher Räume und zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse beitragen kann.



Definition systemische Kreislaufwirtschaft in ländlichen Räumen

Die systemische Kreislaufwirtschaft ist ein Entwicklungsansatz für eine nachhaltige, regenerative, inklusive und gerechte Wirtschaft. Ziel ist es, vorhandene Ressourcen, Materialien und Energien auf möglichst hohem Niveau gemäß der Abfallhierarchie in Stoffkreisläufe und -kaskaden zu überführen. Dies schließt sowohl biotische als auch abiotische Stoffkreisläufe ein, möglichst auf Basis erneuerbarer Energien und Rohstoffe. Natürliche Ressourcen und Gemeingüter (Böden, Wälder, Wasser) werden als Teil des Systems betrachtet und regenerativ bewirtschaftet. Durch die Umgestaltung von herkömmlichen Nutzungsformen und Geschäftsmodellen nach verschiedenen „R-Strategien“ (beispielsweise „Reuse“, „Reduce“ oder „Recycle“) wird in einer systemischen Kreislaufwirtschaft das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung entkoppelt. So werden der absolute Ressourcenverbrauch minimiert und gleichzeitig der regionale Werterhalt gesteigert.

Abb. Darstellung der systemischen Kreislaufwirtschaft in ländlichen Räumen



Quelle: auf Grundlage der Ellen MacArthur Foundation, Prognos AG, IfIS 2021

Die Abbildung stellt die systemische Kreislaufwirtschaft im ländlichen Raum dar. Die Grundidee baut auf der bekannten Circular Economy Darstellung der Ellen MacArthur Foundation auf: In Blau sind die nicht erneuerbaren Energie- und Rohstoffströme veranschaulicht, während der grüne Bereich die

erneuerbaren Ströme umfasst. Deutlich wird, dass vom Produktdesign bis zur Verarbeitung nach der Nutzungsphase alle Abschnitte des Produktlebenszyklus auf verschiedenen Wegen miteinander verknüpft sind und ihren Teil zur systemischen Kreislaufwirtschaft beitragen.

| | |
|---------------|--------------------------------|
| Durchführung: | Prognos AG |
| Kontakt: | katharina.wilskamp@prognos.com |
| Laufzeit: | 2021–2023 |

Region gestalten fördert Resilienz in Regionen

Region gestalten hat sich der Relevanz und den Handlungsmöglichkeiten von Resilienz in ländlichen Regionen mit Recherchen, Experten-Workshops und Austauschformaten angenähert. Darauf aufbauend sollen mit „Resiliente Regionen“ übergreifende Ansätze zur regionalen Resilienzsteigerung gefördert werden.

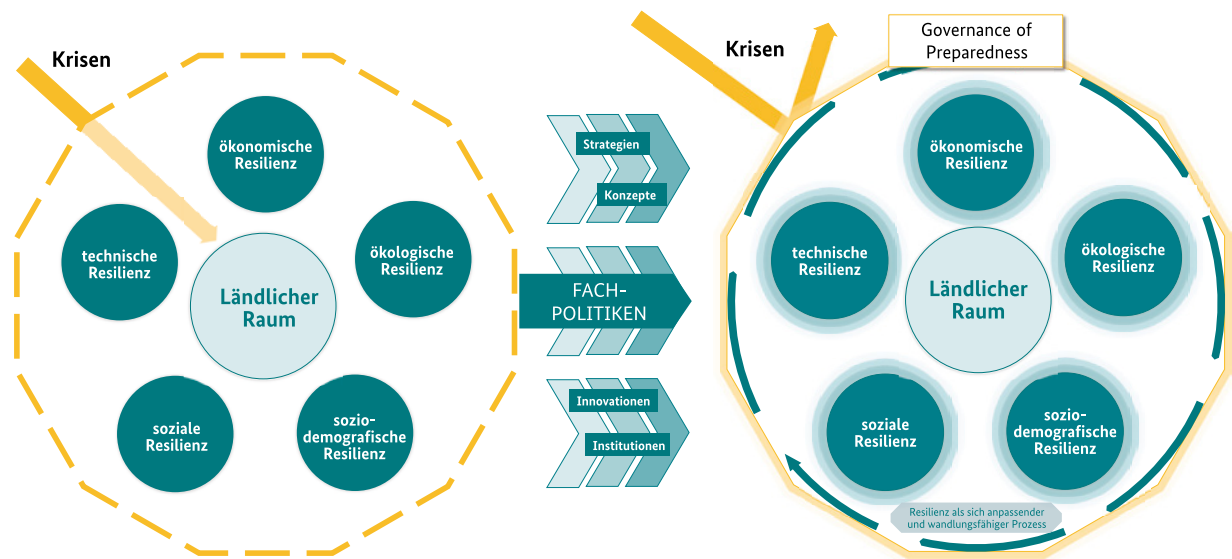
Resiliente Regionen

Im Kontext einer aktiven Regionalentwicklung wird der Begriff der Resilienz in einen räumlichen Bezug gesetzt, der das Ziel hat, die Widerstandsfähigkeit einer Region gegen die verschiedenen Arten endogener und exogener Krisen zu erhöhen. Dabei ist eine Region nicht auf die Definition als Standort und Resilienz nicht auf die Dimension Wettbewerbsfähigkeit zu beschränken. Es sind vor allem strukturpolitische Aspekte einer zukunftsfähigen Transformation ländlicher Räume in infrastruktureller, sozioökonomischer und ökologischer Hinsicht einzubeziehen. Regionale Resilienz in ländlichen Räumen muss auch den Klimaschutz und die erforderlichen Anpassungen an den Klimawandel adressieren, da damit die Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen in den Regionen gesichert werden. Dies führt gleichzeitig zu einer besseren Chancengleichheit und zur Erhöhung der Lebensqualität. Mitbedacht werden müssen Faktoren wie Mobilität, Wohnraum, Bildung, gesundheitliche Versorgung, Daseinsvorsorge und Naherholung.

Angesichts dessen ist die Bedeutung der regionalen Resilienz oder Widerstandsfähigkeit auch zwingend in das Blickfeld der Raumplanung zu rücken. Dabei reicht es nicht aus, Resilienz und die zugrunde liegenden Konzepte wie Robustheit, Effizienz und Anpassungsfähigkeit als regionalplanerisches Leitbild zu sehen.¹ Vielmehr müssen in der Landes- und Regionalplanung frühzeitig entsprechende Governancestrukturen als feste Koordinationsaufgabe eingerichtet werden. Haben die Regionen frühzeitig reaktionsfähige Governancestrukturen aufgebaut und sind die Strukturen resilient ausgebildet (siehe Abb. „Regionale Resilienz für ländliche Räume“), können die negativen Auswirkungen möglicher Krisen im besten Fall abgewehrt oder zumindest abgeschwächt werden. Resilienter werden Regionen durch die Redundanz von technischen und sozialen Infrastrukturen, der strukturellen Diversität der Wirtschaft sowie der Bevölkerung und durch die regionale Einbettung und -bindung der dort lebenden Personen in Entscheidungs- und Informationsprozesse.

¹ PCG – Project Consult GmbH (2018): *Handlungsfelder und Akteure der Strukturpolitik. Eine Metastudie aus arbeitsorientierter Perspektive. Erstellt im Auftrag der Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE. S. 7–8.*

Abb. Regionale Resilienz für ländliche Räume



Konzept regionaler Resilienz für ländliche Räume *Quelle: VDI/VDE-IT*

Die regionale Widerstandsfähigkeit einer Region ist abhängig von:

- deren Verwundbarkeit – d. h. der Empfindlichkeit einer Region gegenüber verschiedenen Arten von Schocks,
- Ursprung, Art, Dauer, Häufigkeit und Ausmaß einer Störung (eines Schocks),
- Widerstandsfähigkeit der Region, d. h., wie eine Region einem Schock standhält,
- Robustheit – Anpassungsfähigkeit einer Region an Schocks, einschließlich der Rolle externer Mechanismen, der Öffentlichkeit, von Interventionen und Unterstützungsstrukturen,
- Erholungsfähigkeit – Umfang und Art, wie sich eine Region von Schocks erholt.

Die Erhöhung der Widerstandsfähigkeit einer Region verläuft dabei in mehreren Schritten. Diese erfolgen sowohl präventiv als auch als Reaktion auf Krisen und Katastrophen. Der Resilienzyklus zeigt die Abfolge der Schritte als Kreislauf (siehe Abb. „Resilienzyklus“). Schocks können dabei als Katalysator für positive Veränderungen genutzt werden, wie das am Beispiel der beschleunigten Digitalisierung aller gesellschaftlichen Prozesse durch die Corona-Pandemie deutlich wurde.



Resilienz meint mehr, als die bloße Robustheit einer Infrastruktur. Trotz Satellitentechnik erfüllen Leuchttürme weiterhin wichtige Funktionen für eine sichere Seefahrt. © Tudor ApMadoc, Getty Images

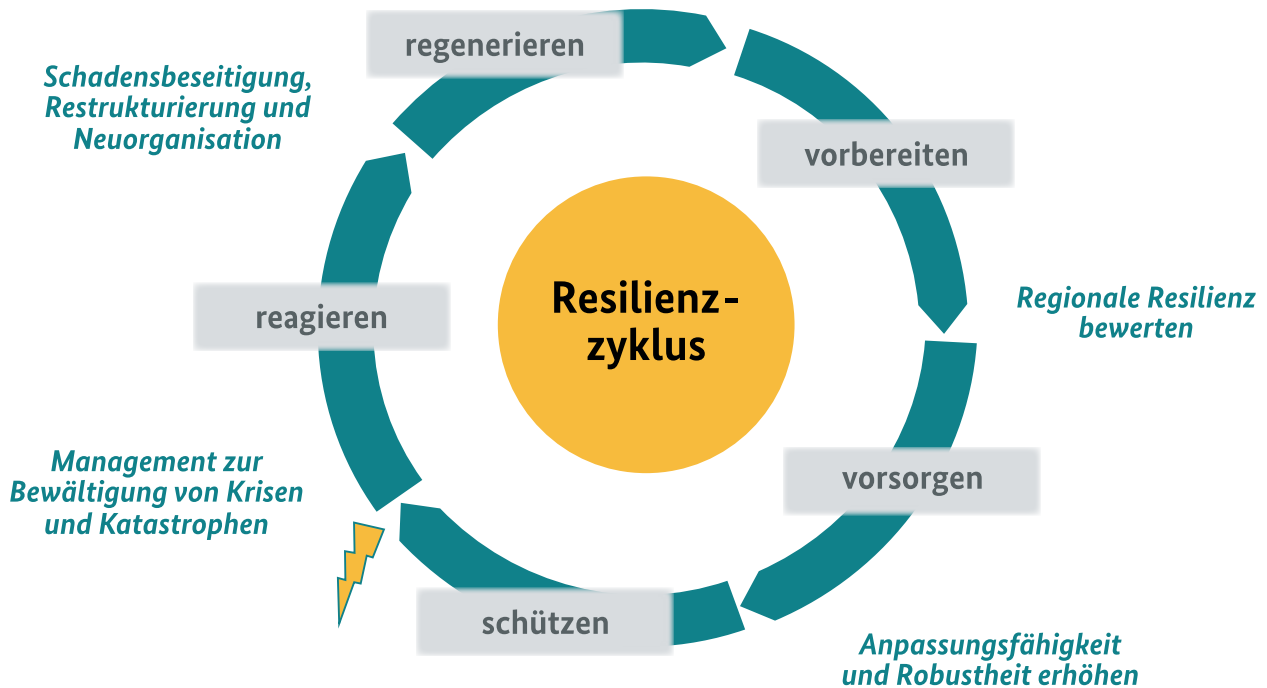


Die Resilienzfähigkeit ermöglicht Pflanzen, in der für sie ungewohnten Umgebung dennoch zu gedeihen. © Stefan Zimmer/EyeEm, Getty Images



Die Europäische Union und der gemeinsame Wirtschaftsraum tragen dazu bei, zukünftig Krisen zu verhindern bzw. gemeinsam zu bewältigen. © Luckohnen, Getty Images

Abb. Resilienzyklus



Resilienzyklus (VDI/VDE-IT, verändert nach Jakubowski et al. 2013¹ sowie Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung 2018, S. 14) © VDI/VDE-IT, eigene Darstellung

¹ Jakubowski, P., Lackmann, G.; Zarth M. (2013): Zur Resilienz regionaler Arbeitsmärkte – theoretische Überlegungen und empirische Befunde; S. 351–370. sowie Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung (2018): Stresstest Stadt – wie resilient sind unsere Städte? Unsicherheiten der Stadtentwicklung identifizieren, analysieren und bewerten. Ein Projekt des Forschungsprogramms „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), S. 14.

Förderung „Resilienter Regionen“

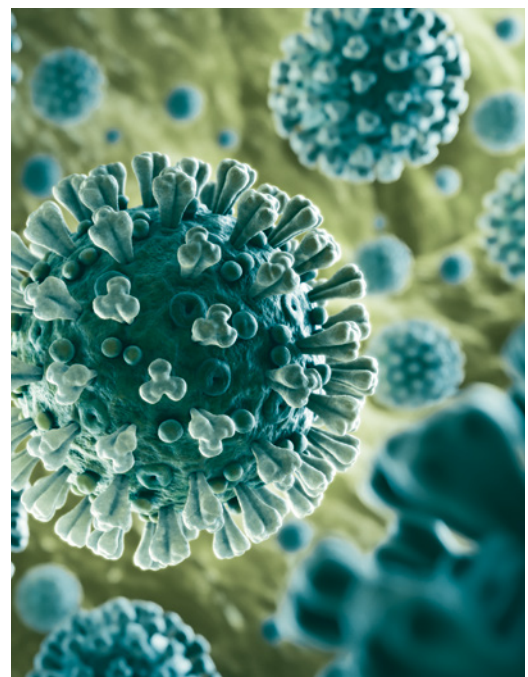
Vor dem Hintergrund zunehmender multipler Krisen und Bedrohungsszenarien, die eine zukunftsfähige Entwicklung ländlicher Räume stark beeinflussen können, wurde im Rahmen von *Region gestalten* die thematische Initiative „Resiliente Regionen“ aufgelegt. Damit sollen Träger der Regionalplanung und/oder regionale Institutionen, die für die Erfüllung von Aufgaben der Regionalentwicklung legitimiert sind, bei der Entwicklung und Umsetzung übergreifender Ansätze zur Resilienzsteigerung unterstützt werden.

Mit der Förderinitiative sollen Regionen in den ländlichen Räumen Deutschlands unterstützt werden, die ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber Krisen strategisch verbessern möchten. Gefördert werden sollen Maßnahmepakete, die folgende Bausteine enthalten:

- regionale Risikoanalysen,
- Strategien zur Vermeidung, Reduzierung von und Anpassung an Risiken einschließlich planerischer Ansätze,
- Maßnahmen zur Risikokommunikation und Etablierung eines Risikodialoges,
- Aufbau geeigneter Strukturen zur Bewältigung externer und interner Krisen im Sinne einer Resilienzgovernance.

Im Rahmen der Modellvorhaben mit einer Laufzeit von bis zu 36 Monaten sollen übertragbare Strategien und Konzepte zur Abwehr von Gefahren und Risiken und zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von Regionen entwickelt und allen ländlichen Räumen zur Verfügung gestellt werden.

| | |
|----------|---------------------------------|
| Projekt: | Resiliente Regionen |
| Kontakt: | resiliente-regionen@bbr.bund.de |



Covid-19 hat die Lebensgewohnheiten der Menschen verändert und dazu beigetragen, den Begriff „Risikovorsorge“ in einem neuen Zusammenhang zu sehen.
© Orbon Alija (links) und fpm (rechts), Getty Images

Sicherung der Daseinsvorsorge



© Alexander Hengstler, Alamy Stock Foto

Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist untrennbar mit der Sicherung der Daseinsvorsorge verbunden. Daseinsvorsorge kann als eine Versorgung mit als lebensnotwendig eingestuften Gütern und Dienstleistungen in einem Versorgungsraum, wie z. B. einer Region, zu sozial erträglichen Preisen verstanden werden¹. Dazu gehören Bildungsangebote, Gesundheits- und Pflegeversorgung, Mobilitätsangebote sowie die Anbindung an Informations- und Kommunikationstechnologien und -netze². Durch digitale Anwendungen und Angebote der Daseinsvorsorge kann dieser Versorgungsraum erweitert und so mehr Menschen erreicht werden.

Bund, Länder und Kommunen unternehmen vielfältige Anstrengungen, um Leistungen der Daseinsvorsorge in allen Landesteilen mit einer guten Qualität und zu angemessenen Preisen zur Verfügung zu stellen. Gleichwohl stehen

Kommunen insbesondere in peripheren, dünn besiedelten Regionen, vor der Herausforderung, Angebote der Daseinsvorsorge für ihre Bevölkerung aufrechtzuerhalten.

Hintergrund sind demografische Entwicklungen, wie z. B. Alterung und Abwanderung, die zu Schließungen von Einrichtungen der Daseinsvorsorge führen können. Aber auch in anderen Regionen, z. B. dicht besiedelten Gebieten, müssen die Angebote an sich verändernde Bevölkerungsstrukturen angepasst werden, was häufig mit neuen Formen der Leistungserbringung verbunden ist.

Daher ist es das Ziel von Bund, Ländern und Kommunen, allen Menschen in Deutschland weiterhin Perspektiven für ihr Leben und Chancen auf echte Teilhabe zu bieten, indem Einrichtungen und Leistungen der Daseinsvorsorge überall verfügbar und angemessen erreichbar sind.

¹ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.) (2018): Raumordnungsbericht 2017. Daseinsvorsorge sichern.

² Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.) (2021): Raumordnungsbericht 2021. Wettbewerbsfähigkeit stärken.



Mobilität ist ein wichtiges Kriterium zur Sicherung der Daseinsvorsorge *Quelle: Saarpfalz-Touristik/Eike Dubois*

> **Welchen Beitrag leisten die Vorhaben von Region gestalten zur Sicherung der Daseinsvorsorge?**

Das Programm *Region gestalten* nimmt sich dieser Zielsetzung an. Strukturschwache ländliche Regionen in Deutschland bekommen Instrumente an die Hand, um den genannten Herausforderungen zu begegnen. Im Programm wird Wert daraufgelegt, gemeinsam mit Akteuren vor Ort auf die individuellen Bedürfnisse der jeweiligen Regionen einzugehen. Das bringt mit sich, dass ländliche und städtische Räume nicht getrennt voneinander, sondern hinsichtlich möglicher Synergieeffekte betrachtet werden.

Die Projekte des Programms adressieren die Themen Mobilität, Gesundheit und Pflege,

Digitalisierung und Versorgung. Dabei wird u. a. folgenden Fragen nachgegangen: Wie lassen sich bedarfsorientierte Pflegestrukturen vor Ort in den Kommunen gemeinsam gestalten und stärken? Welche Mobilitätsangebote sind besonders geeignet, damit Einrichtungen des täglichen Bedarfs gut erreicht werden? Welche digitalen Lösungen können die regionale Daseinsvorsorge unterstützen?

Das Forschungsprojekt „Stärkung von bedarfsorientierten Pflegestrukturen“ setzt an den Bedarfen einer Gesellschaft mit einer steigenden Anzahl an Pflegebedürftigen bei einem gleichzeitigen Mangel an Pflegekräften an und zielt darauf ab, regionale und kommunale Akteure durch praxisnahe Lösungsansätze mit einem strategischen Leitfaden zu unterstützen.



Die Digitalisierung bietet strukturschwachen ländlichen Räumen große Chancen für die Sicherung der Daseinsvorsorge vor Ort. © Anna Shvets, Pexels Pexels



Potenziale regionaler Versorgungsstrukturen werden in dem Heimat 2.0-Modellvorhaben „Digitaler LandGenuss“ erforscht © Landratsamt Cham



Die Digitalisierung hilft auf dem Land, Lücken in der Gesundheitsversorgung, Pflege und Mobilitätsangeboten zu reduzieren. © Tyler Olson, Adobe Stock



Die thematische Initiative Heimat 2.0 rückt die Potenziale der Digitalisierung für die Daseinsvorsorge in den Fokus. In 16 Modellvorhaben werden Gemeinden bei der Implementierung neuer oder der Weiterentwicklung bestehender digitaler Anwendungen unterstützt. So können z. B. Defizite bei der Erreichbarkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge überbrückt werden.

Mit der Frage der Erreichbarkeit setzt sich ebenfalls das Vorhaben „Verbesserung der Mobilität in ländlichen Räumen zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse (MogLeb)“ auseinander. Das Online-Nachschlagewerk „Mobilikon“ bietet vielfältige Lösungen für ein kommunales Mobilitätsmanagement an. Ein Netzwerk von Bund, Ländern und

kommunalen Spitzenverbänden unterstützt die Kommunen bei der Entwicklung bedarfsgerechter Mobilitätslösungen.

Um die Daseinsvorsorge auf Ebene der Gemeinden, Gemeindeverbände, Kreise und Regionen qualifiziert planen zu können, ist es wichtig, die Bedarfe vor Ort zu kennen. Hierzu wird aktuell ein Datentool für die regionale Daseinsvorsorge entwickelt. Das Datentool erleichtert nicht nur die Datenerhebung, sondern ermöglicht Erreichbarkeitsanalysen und die Erstellung von Prognosen für die Erarbeitung und Darstellung von Szenarien. Dazu werden unterschiedliche Leistungsbereiche der Daseinsvorsorge erfasst, z. B. Kennwerte zu Versorgungsbedarfen oder Angebotsstrukturen.

Heimat 2.0 – Digitalisierung als Chance

Digitalisierung zeigt neue Wege für das Leben in strukturschwachen ländlichen Räumen auf. Die thematische Initiative „Heimat 2.0“ fördert digitale Lösungen, die gemeinsam vor Ort entwickelt und nachhaltig in bestehende Strukturen integriert werden.

Digitale Lösungen für gleichwertige Lebensverhältnisse

Digitalisierung bietet immense Zukunfts- und Modernisierungschancen für das Leben und die Lebensqualität auf dem Land. Die Entwicklung und der Einsatz smarter digitaler Lösungen löst Versorgungsdefizite und Standortnachteile auf. Gänzlich neue Angebote für die Daseinsvorsorge entstehen. Trotz zahlreicher Ansätze sind sich viele Regionen dieser Potenziale jedoch kaum bewusst.

Digitalisierung ganzheitlich denken

Digitalisierung bedeutet mehr als eine funktionierende Breitbandinfrastruktur. Damit Digitalisierung wirkt, braucht es digitale Lösungen, die diese Infrastruktur sinnvoll und effizient nutzen und auf die speziellen Bedarfe der Menschen vor Ort zugeschnitten sind. Dies gelingt nur, wenn Nutzerinnen und Nutzer von Beginn an eingebunden und ihre digitale Kompetenzen gefördert werden. Denn ohne Akzeptanz und Know-how

werden sich neue digitale Anwendungen nicht nachhaltig durchsetzen und ihr volles Potenzial entfalten können. Hier setzt die Förderinitiative „Heimat 2.0“ an.

„Heimat 2.0“ fördert öffentliche und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure mit ihren innovativen Ideen zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zur Verbesserung der Lebensqualität in strukturschwachen ländlichen Räumen.

Im Zuge der ersten Staffel von „Heimat 2.0“ wählte 2020 eine unabhängige Jury 12 Modellvorhaben für eine Förderung aus. Aufgrund der positiven Resonanz folgten 2021 vier weitere Modellvorhaben in einer zweiten Staffel. Die 16 Modellvorhaben entwickeln und erproben bis 2024 digitale Lösungen in den unterschiedlichen Bereichen der Daseinsvorsorge. Die Vorhaben adressieren unter anderem die lokale und die regionale Versorgung, die Gesundheits- und Pflegeversorgung, soziale und kulturelle Angebote sowie die öffentliche Verwaltung. Die zwei nachfolgenden Modellvorhaben zeigen exemplarisch die Themenvielfalt auf.



Die Beteiligten der Modellvorhaben tauschen sich aus bei der ersten Heimat 2.0-Transferwerkstatt in Einbeck, Südniedersachsen © kulturis

Energiewende mitgestalten

Die Energiewende ist nur gemeinsam möglich. Dafür bieten gerade ländliche Räume mit ihrem hohen Anteil an Freiflächen und den vielen bereits vorhandenen Anlagen erneuerbarer Energien beste Voraussetzungen. Das weiß auch die Energieavantgarde Anhalt. Mit dem Modellvorhaben „DigiPlan Anhalt“ hat sie sich die qualifizierte Teilhabe aller an der regionalen Energieversorgung zur Aufgabe gemacht. Ein digitaler Planungsatlas ermöglicht den Transfer von planerischem Wissen und eine Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern. Wo sollen die nächsten Windkraftwerke stehen, wo die nächsten Photovoltaik-Anlagen? Das Ziel: Ein dezentral strukturiertes Energiesystem, das Kundinnen und Kunden am Wertschöpfungsprozess beteiligt und die energiewirtschaftlichen Sektoren Strom, Wärme und Verkehr intelligent verknüpft, damit Synergien entstehen können.

Hilfe auf dem Weg zur Förderung



Fördermittel sind Gestaltungsmittel. Das wissen auch die Kommunen in Nordfriesland. Doch welche Idee passt zu welchem Förderprogramm, und wie und wo ist ein Antrag zu stellen? Das Modellvorhaben Viöl schafft hier Abhilfe und entwickelt eine interkommunale Förderscouting-Plattform für den Kreis Nordfriesland. Entwicklungsressourcen wie Projektwissen, Personal und Finanzmittel werden hier gebündelt und geteilt. Dies erfolgt durch ein digitales Assistenzsystem und ein Wissensnetzwerk für Entwicklung, Förderung und Umsetzung von kommunalen Projekten. Kommunen in Nordfriesland können sich künftig zu ihren Projekten, der Suche nach passenden Fördermöglichkeiten oder der Antragstellung austauschen. Dies stärkt die Handlungsfähigkeit aller und macht die Region fit für die Zukunft.



Energiewende mitgestalten © Jürgen Hohmuth im Auftrag des BBSR



HEIMAT 2.0

setzt strukturschwache ländliche Räume auf die digitale Landkarte

Heimat 2.0 © Projekt

„Heimat 2.0“ ist partizipativ und nutzerorientiert.

Neue digitale Lösungen müssen nutzenbringend sein und wahrgenommen werden. Deshalb steht die Einbindung von künftigen Nutzerinnen und Nutzern in den Modellvorhaben an vorderster Stelle. Mit Hilfe von Bedarfsanalysen, Kreativworkshops oder Befragungen werden Bedarfe und Ideen abgefragt. Diese fließen dann in die Entwicklung und Erprobung der neuen Lösungen ein. Die frühzeitige Einbindung baut nicht nur Berührungsängste ab und schafft Bewusstsein für die neuen Angebote, sondern gewährleistet auch nutzerorientierte Anwendungen. Beste Voraussetzungen dafür, dass die entwickelten Lösungen künftig auch genutzt werden.



Zwei Projekte widmen sich der digitalen Potenziale für eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung. © Vitta Gallery, Westend61

„Heimat 2.0“ ist ganzheitlich und integriert.

Die Modellvorhaben nutzen die gesamte Bandbreite der technologischen Möglichkeiten: Prozesse werden digital organisiert, neue Kommunikations- und Informationswege genutzt, Wissen auf Plattformen gebündelt oder Applikationen entwickelt. Allen Anwendungen ist gemein, dass sie ganzheitlich gedacht werden und keine Insellösungen darstellen. Sie werden in bestehende regionale Systeme und Angebote integriert und schaffen so einen Mehrwert für die Bevölkerung und die gesamte Region.

„Heimat 2.0“ sichert Übertragbarkeit.

Die in „Heimat 2.0“ entwickelten digitalen Anwendungen zeigen neue Wege auf, um die Lebensqualität der Menschen in strukturschwachen ländlichen Räumen zu verbessern. Die Dokumentation der Projektergebnisse, der Austausch im Netzwerk von *Region gestalten* und die auf Open Source basierenden digitalen Lösungen sichern die Übertragung auf andere Regionen und fördern Digitalkompetenzen. Dies stärkt die regionale Selbstwirksamkeit und trägt zur Sicherung der Daseinsvorsorge in weiteren Teilbereichen Deutschlands bei.



Bei „Heimat 2.0“ ist der Name Programm. Es geht darum, die Heimat der Menschen zu sichern, aufrechtzuerhalten und neu zu gestalten – und zwar interaktiv und kollaborativ. Die Menschen vor Ort sollen neue digitale Angebote der Daseinsvorsorge nicht nur nutzen, sie sollen sie mitgestalten und produzieren.

Forschungsassistenz: SPRINT – wissenschaftliche

Politikberatung PartG

Kontakt: info@bule-heimat20.de

Laufzeit: 2020–2024

Modellvorhaben

Inhalt

| | |
|--|--|
| Digitaler LandGenuss Landkreis Cham | Digitale Prozesse und Qualifizierung der Beteiligten beschleunigen die Transformation von Geschäftsmodellen in der regionalen Lebensmittelerzeugung. |
| kulturis Süd-niedersachsen | Online-Plattform für die Kultur in Süd-niedersachsen macht Kulturschaffende sichtbar und verbessert die Zugänglichkeit zu Kulturangeboten. |
| Herzberg digital.vereint Stadt Herzberg | Ausbau der Herzberg-App erhöht die Sichtbarkeit des regionalen Freizeitangebots und erleichtert die Kommunikation der Vereinsarbeit. |
| Dorf.Gesundheit.Digital Kreis Höxter | Digitale Lösungen für eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung in ländlichen Räumen und die Vermittlung von Kompetenzen |
| Verwaltung 4.0 Amt Mittellangeln | Optimierung und Digitalisierung von Verwaltungsprozessen zur Entwicklung von Workflows zur vollständig digitalen Antragsbearbeitung |
| LOKAL-digital Stadt Netphen | Smartes Wissensmanagement für Wohnen, Pflege und Gesundheit fördert selbstbestimmte Lebensgestaltung im Alter und bei Beeinträchtigungen. |
| Digitale Bildungslandschaft Raum Malchin | Hybride Plattform vernetzt Wissensstandorte und Lernorte zum Aufbau einer digitalen Bildungs- und Wissenslandschaft. |
| Wissensplattform für Zukunfts- orte, Stadt Angermünde | Wissensplattform unterstützt integrierte Wohn- und Arbeitsprojekte, die ungenutzte Immobilien umnutzen und reaktivieren. |
| LoReNa Gemeinde Senden | Innovativer Online-Marktplatz mit angeschlossener Lieferlogistik stärkt regionale Versorgungsstrukturen und das Bewusstsein für lokalen Konsum. |
| Land Labor Gemeinde Thallwitz | Digitale Anwendung verbessert die kulturelle Beteiligung und Schulung digitaler Kompetenzen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. |
| TELAV Stadt Vechta und Stadt Lohne | Televersorgungsstruktur baut die Vernetzung und den videobasierten Austausch in der Gesundheits- und Pflegebranche aus. |
| Interkommunale Förderscou- ting-Plattform Nordfriesland | Interkommunale Förderscouting-Plattform stärkt die Handlungsfähigkeit von Kommunen im Entwicklungsprozesses „von der Idee zum Projekt“. |
| TEA – Telearbeit Wachstumsregion Ems-Achse | Plattform sensibilisiert alle Beteiligten, zeigt entsprechende Jobangebote auf und unterstützt Unternehmen und Kommunen beim Ausbau der Telearbeit. |
| RE-BUILD-OWL Kreis Lippe | Innovations- und Transferplattform führt Akteure aus dem Planungs- und Bauentwicklungssektor zusammen und fördert zirkuläres Bauen in der Region. |
| Klimawerkstatt Fläming Bad Belzig | Interaktive Online-Plattform ermöglicht mithilfe von Open Data, einem Dashboard und Gamification-Ansatz lokalen Klimaschutz zum Mitmachen. |



E-CarSharing © Bildkraftwerk/Laurin Schmid



Anrufsammeltaxi © Mobilikon 2021

Mobilität in ländlichen Räumen (MogLeb)

MogLeb zielt darauf ab, passgenaue Mobilitätslösungen in die Fläche zu bringen, um gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland herzustellen.

Mobilität als Motor für gleichwertige Lebensverhältnisse

Ein zentraler Bestandteil gleichwertiger Lebensverhältnisse ist die Sicherung der Mobilität aller Bevölkerungsgruppen. Sie ist Voraussetzung zur Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben. In ländlichen Räumen bedingt die oftmals disperse Siedlungsstruktur und ein daraus resultierendes, unzureichendes ÖPNV-Angebot eine hohe Nutzung des privaten Pkw. Daher sind insbesondere in ländlichen Räumen bedarfsgerechte, sichere und flexible Mobilitätslösungen ausschlaggebend für die Zugänglichkeit von Angeboten der Daseinsvorsorge.

In Forschungs- und Modellprojekten wurden zahlreiche Lösungen zur Verbesserung der Mobilität vor Ort erfolgreich getestet und umgesetzt. Bisher lagen die Ergebnisse allerdings weder gebündelt noch leicht zugänglich vor. Hier setzt das Modellvorhaben „Verbesserung der Mobilität in ländlichen Räumen zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ (MogLeb) an. Es fußt auf zwei Säulen: Dem Online-Nachschlagewerk www.mobilikon.de und dem Länderübergreifenden Mobilitätsnetzwerk. Ziel beider Säulen sind Wissenstransfer und Austausch mit Fokus auf ländlichen Räumen.

Mobilikon – bestehendes Wissen leicht zugänglich machen

Damit das bestehende Mobilitätswissen seine volle Wirkkraft für die Umsetzung entfalten kann, muss es gebündelt, praxisorientiert und verständlich zur Verfügung gestellt werden. Mobilikon bereitet als zentrales Online-Nachschlagewerk Mobilitätsmaßnahmen, Instrumente und Hilfen zur Umsetzung rund um das Thema Mobilität auf und veranschaulicht diese mit Praxisbeispielen. Mobilikon richtet sich vor allem an Mitarbeitende von Kommunen, die für ihre regionalen Herausforderungen Mobilitätslösungen suchen. Vom Launch im November 2020 bis April 2022 zählte Mobilikon 352 Steckbriefe sowie 36 Kurzfilme und verzeichnete über 77.000 Aufrufe.

Länderübergreifendes Mobilitätsnetzwerk – gemeinsam aus Erfahrungen lernen

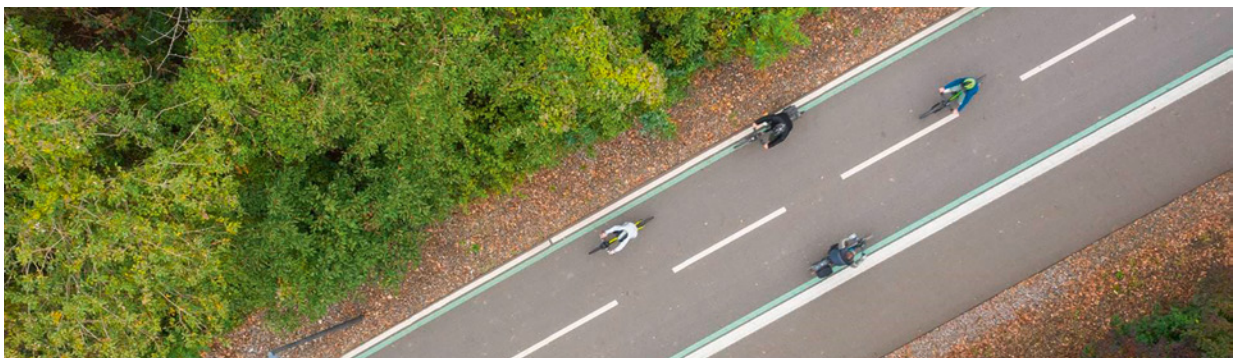
Auch der direkte Erfahrungsaustausch ist eine bedeutende Strategie für den Wissenstransfer: Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände haben sich im Länderübergreifenden Mobilitätsnetzwerk zusammengeschlossen, das den Ländern bei Aufbau und Entwicklung von Landesnetzwerken hilft. Die Landesnetzwerke arbeiten mit und in den Kommunen, um ein wirksames Mobilitätsmanagement zu etablieren. Gemeinsam erarbeitet das Netzwerk Materialien und Strategien zur Unterstützung vor Ort.

Wissenstransfer und Austausch als Schlüssel

Mit Hilfe beider Projektbausteine wird bestehendes Wissen in die Fläche getragen. Die stetige Recherche und Aufbereitung neuer Inhalte ermöglicht den Kommunen, aktuelle und relevante Ergebnisse aus Wissenschaft und Praxis gebündelt zu finden. Den Rahmenbedingungen in ländlichen Räumen wird dabei besonders Rechnung getragen. Mobilikon soll weiterhin wachsen und sich als zentrales Nachschlagewerk zunehmend etablieren.

Im Rahmen der Arbeitsgruppen im Länderübergreifenden Mobilitätsnetzwerk entstehen Ergebnisprotokolle und Leitfäden zu mobilitätsrelevanten Themen, um ein nachhaltiges Mobilitätsmanagement zu fördern. MogLeb ist überdies eng mit seinem Partnernetzwerk NaKoMo („Nationales Kompetenznetzwerk für nachhaltige Mobilität“ des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr) verbunden. Gemeinsam entstehen Synergien, die die Menschen vor Ort bei der Verbesserung der Mobilität unterstützen und die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse fördern.

| | |
|---------------|--|
| Durchführung: | PG Kompetenzzentrum für Ländliche Mobilität (KoLMo) |
| Kontakt: | melanie.schade@bbr.bund.de |
| Laufzeit: | 2019–2022 |
| Website: | mobilikon.de |



Radschnellweg © Bildkraftwerk/Laurin Schmid

Bedarfsorientierte Pflegestrukturen

Im Forschungsprojekt „Stärkung von bedarfsorientierten Pflegestrukturen in ländlichen und strukturschwachen Regionen“ stehen die besonderen Herausforderungen Pflegender und Pflegebedürftiger und ihre Lösungsansätze im Mittelpunkt.

Hintergrund und Projektziel

Seit dem Jahr 2015 ist die Anzahl der pflegebedürftigen Menschen in Deutschland, auch infolge der Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs, um mehr als 50 Prozent auf rund 4 Millionen Menschen gestiegen. Der Siebte Altenbericht (2017) zeigt auf, dass ländliche und strukturschwache Regionen bereits seit Jahren einen deutlich erhöhten Anteil von Pflegebedürftigen an der Gesamtbevölkerung aufweisen. Zeitgleich stehen in diesen Regionen weniger Pflegekräfte als im Bundesdurchschnitt zur Verfügung.

Im Rahmen des Forschungsprojekts „Stärkung von bedarfsorientierten Pflegestrukturen in ländlichen strukturschwachen Regionen“ wurde daher in einem ersten Schritt ein bundesweiter Überblick über aktuelle Herausforderungen und regional verfolgte Ansätze erstellt, um Handlungsschwerpunkte, Wünsche sowie in der Praxis erfolgreich eingesetzte Instrumente zu identifizieren.

Erster Schritt: Grundlagenstudie

Aufbauend auf einer systematischen Literaturrecherche wurde zunächst eine bundesweite Online-Befragung der Landkreise durchgeführt. An der vom

Deutschen Landkreistag unterstützten Befragung beteiligten sich erfreulicherweise 172 Landkreise (59 %) aus allen Flächenbundesländern.

Danach wurden in zehn vertiefenden, interviewgestützten Fallstudien auf Ebene der Landkreise qualitative Informationen erhoben, um Hintergründe und Wirkungszusammenhänge herauszustellen.

Herausforderungen und kommunale Gestaltungsmöglichkeiten

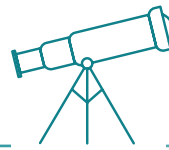
Die Erhebungen haben gezeigt, dass zunächst unabhängig von der Zuordnung der Landkreise zu den Kriterien „ländlich-strukturschwach“ oder „städtisch-strukturstark“ ähnliche Herausforderungen dominieren, wobei die fehlende Finanzierbarkeit in strukturschwachen Landkreisen häufiger genannt wurde.

„Bedarfsorientierte Pflege“ setzt sich aus vielen Bausteinen und Themenfeldern zusammen, die im Idealfall eng miteinander verzahnt sind, sich wechselseitig ergänzen und Ansatzpunkte für kommunale Gestaltungsmöglichkeiten darstellen. Rund 90 Prozent der befragten Landkreise wünschen sich größere Einflussmöglichkeiten bei der Stärkung bedarfsorientierter Pflegestrukturen im Kreisgebiet.

Sofern (kreisweite) Konzepte oder Planungen im Bereich Pflege vorliegen, dienen diese vor allem als Überblick über die Versorgungslandschaft. Wichtige Themenbereiche im Umfeld der Pflege wie Wohnen, Ehrenamt, Mobilität und medizinische Versorgung werden dabei nur von einer Minderheit berücksichtigt.

Die Grundlagenstudie zeigt neben den zentralen Handlungsfeldern auch eine breite Palette an vielversprechenden Ansätzen, die bereits heute in Kommunen umgesetzt werden. Beispiele hierfür sind u. a. partizipative Planungsprozesse und Netzwerkarbeit, Ideenwettbewerbe, Fördermittelstrategien oder Kooperationen zwischen kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und sozialen Dienstleistern. Auch können individuelle Mobilitätsangebote wie Ruftaxen oder ehrenamtliche Fahrdienste helfen, die Erreichbarkeit von Angeboten zu verbessern. Zudem können pflegende Angehörige und ehrenamtlich Tätige durch verschiedene wertschätzende, kommunikative und organisatorisch entlastende Maßnahmen effektiv unterstützt werden.

Der Austausch sollte als ein wichtiges Instrument genutzt werden, um auf Erfahrungen anderer aufzubauen und von erprobten Ansätzen und neuen Ideen zu lernen.

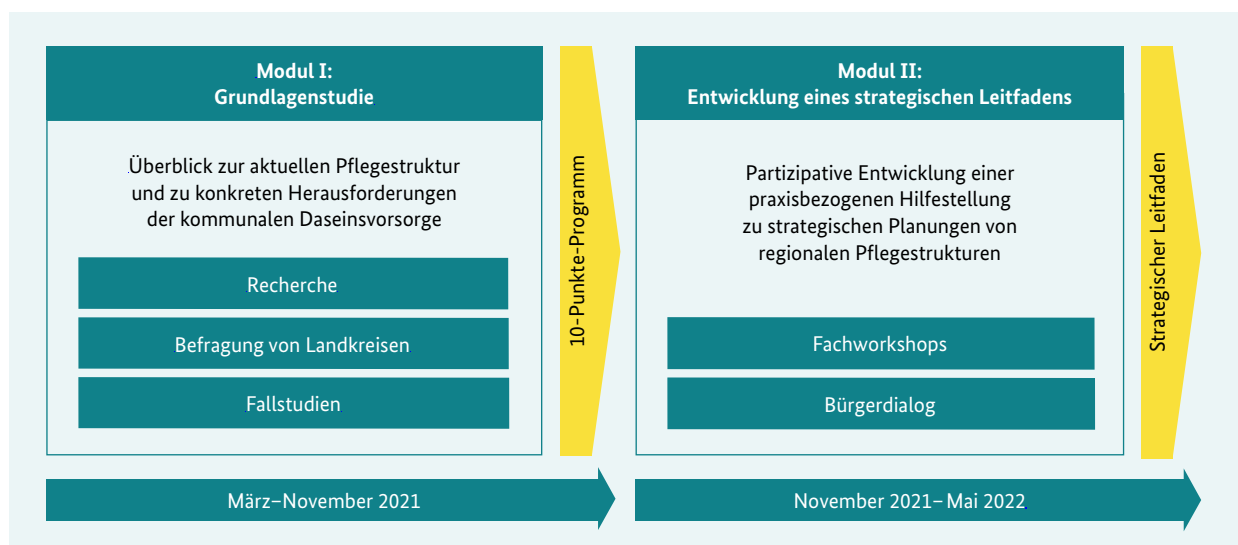


Ausblick: Leitfaden zur Stärkung bedarfsorientierter Pflegestrukturen

Die Ergebnisse der Grundlagenstudie werden in einem zweiten Schritt bundesweit in Fachworkshops und Bürgerdialogen ausführlich diskutiert, validiert und in konkrete Handlungsempfehlungen übersetzt. So entsteht als zentrales Ergebnis des Projektes ein strategischer Leitfaden, der die kommunalen Akteure praxisbezogen bei ihren Planungen und Aktivitäten zur Stärkung bedarfsorientierter Pflegestrukturen in ländlichen Regionen unterstützen soll.

Durchführung: KPMG AG
 Kontakt: okrohmer@kpmg.com
 Laufzeit: 10/2020–06/2022

Abb. Projektlauf



Quelle: BBSR

Datentool für die regionale Daseinsvorsorge

Wie passen das Angebot an Kita-Plätzen und die zu erwartende Zahl der Kita-Kinder in unserer Region zusammen?

Wie schnell ist eigentlich der nächste Supermarkt erreichbar?

Welche Auswirkungen hat eine zusätzliche Kita oder die Aufgabe einer Praxis auf die Versorgungssituation?

daviplan – Unterstützung für die regionale Daseinsvorsorgeplanung

Mit daviplan entsteht ein Datentool, das bei konkreten Planungsentscheidungen zur regionalen Daseinsvorsorge unterstützt. Gemeinden, Gemeindeverbände, Kreise und Regionen können mit daviplan eigenständig regionale und lokale Daten für unterschiedliche Leistungsbereiche erfassen und aktuell halten. Das Datentool unterstützt so fachliche und politische Diskussionen und Entscheidungen. Es trägt damit zur bedarfsgerechten regionalen Daseinsvorsorge bei.

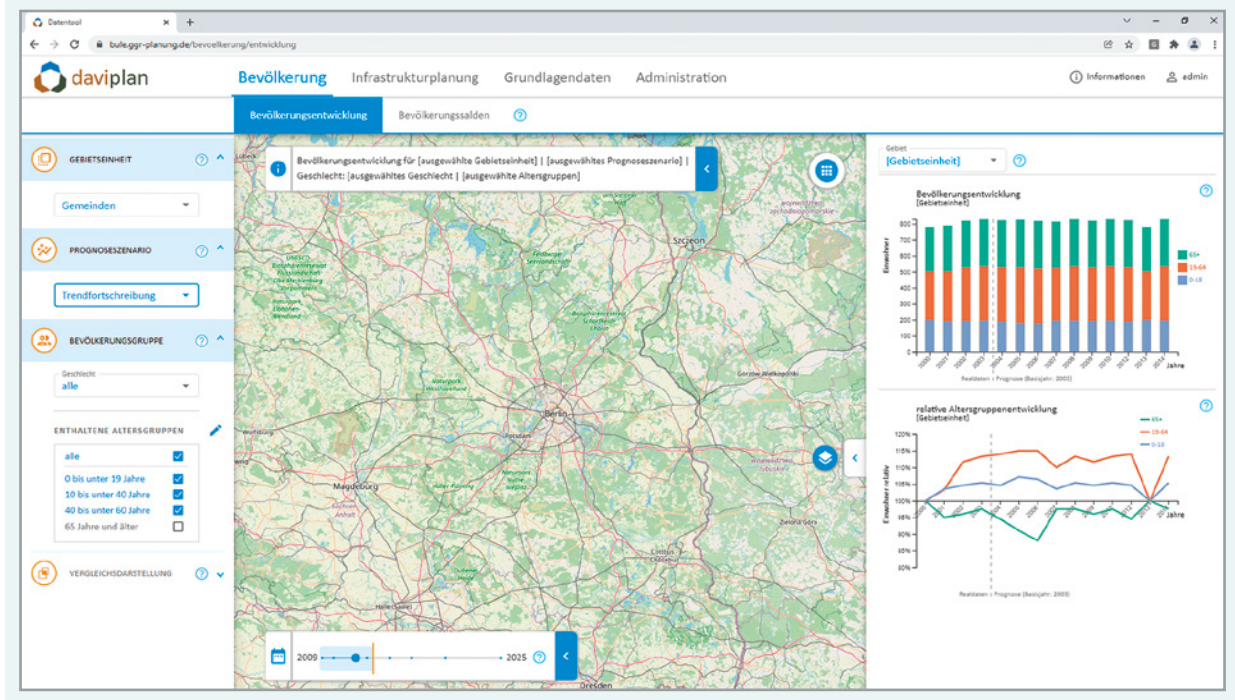
Entstehungsgeschichte

Eines der wichtigsten Ziele zum Abbau räumlicher Disparitäten besteht darin, Kommunen und Regionen bei der Organisation und Sicherung einer leistungsfähigen Daseinsvorsorge zu unterstützen.

Denn immer wieder hat sich in den vergangenen Jahren – u. a. in Modellvorhaben des Bundes – gezeigt: Fundierte datengestützte Darstellungen der Ist-Situation, der absehbaren Trendentwicklung sowie der Auswirkungen unterschiedlicher Strategieansätze auf die Versorgungsqualität können sehr förderlich für eine zielorientierte regionale Diskussion über eine bedarfsgerechte Daseinsvorsorgeplanung sein. Für eine fortlaufende Aktualisierung von Datengrundlagen und eine eigenständige Umsetzung einer datengestützten Daseinsvorsorgeplanung fehlt es im Alltag jedoch in vielen Regionen häufig an Ressourcen und geeigneten, nutzerfreundlichen Werkzeugen. Hier setzt daviplan an.

Konzept

Alle Prozessschritte der Daseinsvorsorgeplanung können mit daviplan intuitiv und komfortabel durchgeführt werden. Das Datentool ist für die unterschiedlichsten Leistungsbereiche von der Kita bis zur Feuerwehr universell einsetzbar.

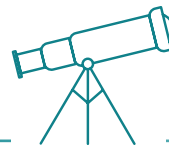


daviplan Ansicht der Bevölkerung nach Altersgruppen © Gertz Gutsche Rümenapp/Sebastian Buchholz 2021

Die Grundidee ist dabei, dass daviplan lokale und regionale Kenngrößen zur Bevölkerungsentwicklung, zu Standort- und Angebotsstrukturen sowie Erreichbarkeitsverhältnissen miteinander verknüpft und gegenüberstellt. So lässt sich das Verhältnis von Nutzerinnen und Nutzern einer Leistung (z. B. Kita-Kinder) mit den bestehenden Angebotsstrukturen (Anzahl der Kita-Plätze) in Beziehung setzen und räumlich differenziert beurteilen. Genauso lassen sich die Erreichbarkeit von Praxen fachärztlicher Versorgung oder die Flächenabdeckung durch Feuerwehrstandorte sichtbar machen und auswerten. Und das auch für zukünftige Zeitpunkte und alternative Annahmen zu Nachfrage-, Angebots- oder Erreichbarkeitsstrukturen. Die Auswirkungen zusätzlicher Betreuungsplätze oder veränderter Standortstrukturen auf die Versorgungs- und Erreichbarkeitssituation lassen sich mit daviplan darstellen und in Planungsentscheidungen integrieren.

Enger Austausch mit den Regionen schon im Entwicklungsprozess

Um sicherzustellen, dass daviplan in der Praxis möglichst anwendungsfreundlich ist, erfolgt ein stetiger Austausch mit Regionen aus dem Netzwerk Daseinsvorsorge. Diese sind regelmäßig eng in Überlegungen zur Nutzerführung, zu den Funktionalitäten oder zur Gestaltung und Bedienbarkeit von Oberflächen eingebunden. Im 2. Quartal 2022 wird daviplan in drei Regionen ausgiebig getestet. Die Ergebnisse dieser Testphase fließen in den Entwicklungsprozess zurück.



Ausblick

Mit daviplan entsteht ein intuitiv bedienbares Tool, mit dem Regionen bei einer eigenständigen, datengestützten Daseinsvorsorgeplanung unterstützt werden. Es ermöglicht sowohl die Darstellung der Ausgangssituation als auch die Auseinandersetzung mit künftigen Entwicklungen und alternativen Planungsüberlegungen in Form von Szenarien für unterschiedlichste Leistungsbereiche der Daseinsvorsorge.

Nach Fertigstellung wird daviplan bundesweit für alle Kommunen und Regionen kostenlos nutzbar sein.

Durchführung: Stadtentwicklung und Mobilität GbR
 Kontakt: daviplan@ggr-planung.de
 Laufzeit: 05/2021–11/2022

Regionale und interkommunale Zusammenarbeit



© Westend61, Getty Images



Im Interview mit Dr. Holger Janßen

Dr. Holger Janßen ist Leiter des Amtes für Raumordnung und Landesplanung der Region Rostock sowie Leiter der Geschäftsstelle des örtlichen Planungsverbandes. Im Interview berichtet er von seinen Erfahrungen im Zusammenhang mit regionaler und interkommunaler Zusammenarbeit in der Region Rostock sowie dem *Region gestalten*-Vorhaben Regiopolen und Regiopolregionen.

Herr Dr. Janßen, was verstehen Sie unter regionaler und interkommunaler Zusammenarbeit? Warum ist diese Zusammenarbeit wichtig und zielführend für die Entwicklung von Regionen?

Mein erster Gedanke dazu ist, dass es einen Unterschied zwischen regionaler und interkommunaler Zusammenarbeit gibt. Interkommunale Zusammenarbeit findet auf einer Ebene statt, nämlich zwischen den Gemeinden. Regionale Zusammenarbeit findet auch ebenenübergreifend statt. Das heißt für uns als Region Rostock auch das Land miteinzubinden, da die Zuständigkeiten und die zentralen Akteure auf unterschiedlichen Ebenen verankert sind.

Es ist außerdem wichtig, dass wir sowohl eine formelle als auch eine informelle Zusammenarbeit haben. Die formelle Zusammenarbeit findet in der Region Rostock u. a. im Rahmen des Planungsverbandes statt. Dieser umfasst die Stadt Rostock, den Landkreis Rostock und die drei größten Städte hier in der Region. Der Vorteil dabei ist, dass es beschlussfähige Gremien gibt und dadurch eine Bindungswirkung von Beschlüssen hergestellt werden kann. Gleichzeitig braucht es aber auch eine informelle, flexible Zusammenarbeit, die bedarfsgesteuert ist.

Von welcher Bedeutung ist diese Zusammenarbeit bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschlands ländlichen Regionen?

Der Wettbewerb der Kommunen kann zu Entwicklungshemmnissen führen. Es geht dabei nicht darum, dass der direkte Nachbar der Konkurrent ist: Wir stehen hier im Wettbewerb der europäischen Regionen. Wenn wir gemeinsam als Region aktiv werden, können wir viel gewinnen. Einwohnerinnen und Einwohner sowie Arbeitskräfte, die uns durch den demografischen Wandel verloren gehen, werde ich z. B. nicht in der Nachbargemeinde finden. Ich muss einen Zuzug auf gesamteuropäischer Ebene organisieren. Und das ist nur erfolgreich, wenn man sich als Region darstellt und so verschiedene Angebote machen und die Stärken der Region bündeln und ausspielen kann. Durch diesen Ausgleich zwischen Stärken und Schwächen in Regionen wird auch ein Beitrag zu gleichwertigen Lebensverhältnissen geleistet.

Erachten Sie ein bundesweites Förderprogramm als notwendig, das regionale und interkommunale Zusammenarbeit explizit adressiert, und wie beurteilen Sie unter diesem Aspekt den Beitrag des bislang auf ländliche Regionen beschränkten, modellhaften Programms *Region gestalten*?

Ich würde mir das unbedingt wünschen. In der Praxis ist es sehr hilfreich, ein Programm wie *Region gestalten* zu haben. Wenn es eine bundesweite Förderkulisse gibt, fällt es leichter, gemeinsame interkommunale Vorhaben voranzubringen oder Integration zu forcieren. Durch *Region gestalten* wurden wir erst einmal für unseren Beitrag zum Projekt Regiopolen und Regiopolregionen mit den notwendigen Personalressourcen versorgt.

> Das zweite ist, dass ich durch die Beteiligung an Förderprogrammen Daten, Kenntnisse und Informationen erlange. So erfahre ich z. B., wo ich bei verschiedenen Handlungsfeldern stehe: Welche Themen sollte ich adressieren, welche Maßnahmen kann ich ergreifen? Ich kann nachweisen, welchen Mehrwert diese Maßnahmen für die Region bringen.

Und ganz wichtig finde ich bei Förderprogrammen, dass es einen Austausch zwischen den geförderten Projekten gibt. Das ist auch das, was *Region gestalten* hier macht: Ich arbeite mit Partnerregionen zusammen, die in einem etwas anderen Kontext arbeiten, aber gleichzeitig adressieren wir ähnliche Probleme und können voneinander lernen.

Wie arbeiten die Akteure in der Region Rostock regional und interkommunal zusammen, und welchen konkreten Beitrag leistet das Vorhaben Regiopolen und Regiopolregionen dabei?

Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern eine Sondersituation, die viele andere Bundesländer so nicht haben. Es gibt zum einen den kommunal verfassten Planungsverband. Zum anderen ist die Geschäftsstelle des Planungsverbandes beim Amt für Raumordnung angesiedelt und dieses ist eine Landesbehörde. Dieses Gebilde ergibt also einen Knotenpunkt, in dem sowohl Informationen aus dem Land wie auch aus der kommunalen Ebene zusammenlaufen.

Zum Projekt Regiopolen und Regiopolregionen: In Rostock fokussieren wir uns im Rahmen der interkommunalen Abstimmung auf das Thema Energie. Im ersten Schritt ist es wichtig, die Ausgangsbasis, also die Bedarfe und Möglichkeiten für die Energieversorgung zu analysieren. Wir versorgen auch andere Regionen mit Energie. Das wollen wir auch weiterhin gerne tun. Das funktioniert aber nur dann, wenn ich Wertschöpfungsketten in ihrem ganzen Umfang denke. Und genau das ist es,

was wir im Projekt umsetzen: Zu schauen, wie eine solche Wertschöpfungskette aufgebaut werden kann und damit der Energiewende den nächsten Schritt zu ermöglichen. Und dafür ist das Projekt absolut hilfreich.

Wie können regionale Akteure durch diese Zusammenarbeit stärker auf die Energie- und Mobilitätswende hinwirken? Welche Potenziale sehen Sie für die Regionen?

Wir beschäftigen uns mit dem Thema Wasserstoff, insbesondere auch im öffentlichen Nahverkehr oder den öffentlichen Flotten im Straßenverkehr. Es geht darum, eine kluge Lösung zu finden, die auf die jeweiligen Bedarfe angepasst ist. Am Ende braucht es einen Mix an Lösungen. Bei der Wasserstoffinfrastruktur in der Region haben wir eine Funktionsteilung, gleichzeitig hängen der ländliche und der urbane Raum zusammen: So könnte der Hafen Rostock eine bundesweite Importfunktion für Wasserstoff übernehmen, die dafür erforderliche Pipeline geht natürlich auch durch die Fläche, also durch die Regiopolregion. In der Fläche und damit entlang der Pipeline ist es außerdem möglich, Wasserstoff zu produzieren, indem z. B. ein Windpark gekoppelt wird.

Hier ist die Debatte wichtig, welche Stärken die Regiopolen und welche die Regiopolregionen haben. Und wenn wir das zusammen denken, dann haben wir sehr viele Potenziale. Und ich denke, das gilt für alle anderen Regionen wie für unsere auch.

Welche Erkenntnisse zur Zusammenarbeit in der Region Rostock lassen sich auf weitere Regionen übertragen, und wie könnte ein solcher Ergebnistransfer erfolgen?

Über die erläuterte Struktur der Region Rostock als Planungsverband haben wir die Möglichkeit, verbindliche Beschlüsse fassen zu können. Und gleichzeitig habe ich eine Körperschaft, die eine

> Rechtsfähigkeit hat, die ein Konto hat, die auch selber aktiv werden kann. Ich empfinde dieses Modell als tollen Beschleuniger in der Entwicklung.

Beim Ergebnistransfer schlage ich die klassischen Methoden vor. Ein Austausch über direkte Gespräche, gemeinsame Konferenzen und Workshops. Ganz praktisch ist auch so etwas, was Sie jetzt machen, eine Broschüre ist auch ein Ergebnistransfer. Auch würde ich mir eine größere, vom Bund initiierte, bundesweite Debatte zu den Strukturen der Raumordnung wünschen. Wir haben in Deutschland sehr unterschiedliche Strukturen. Hier könnte ein Austausch stattfinden, was Stärken und Schwächen unterschiedlicher Modelle der Raumordnung in den Regionen sind.

Welchen Handlungs- und Gestaltungsspielraum sehen Sie für die Regionalplanerinnen und -planer in Bezug auf eine verbesserte regionale und interkommunale Zusammenarbeit?

Hier ist die Ausgangssituation der Regionen sehr unterschiedlich. In meinem Planungsverband sind wir für eine Vielzahl an Kommunen zuständig. Wir haben so einen großen Spielraum, um Prozesse anzustoßen und zu begleiten und können regionale und interkommunale Zusammenarbeit sehr glaubwürdig weiterentwickeln.

Da sind wir wieder bei dem Thema Finanzausstattung und Förderprogramm, denn Zusammenarbeit ist auch sehr stark von den personellen und finanziellen Ressourcen abhängig, die wir dafür zur Verfügung haben. Wenn wir Mittel für solche Projekte haben, dann fällt es auch leichter Erfolgsgeschichten zu schreiben. Und die brauche ich, um weitere Projekte anschieben zu können. Und diese Ressourcen sind hier bei uns immer wieder ein limitierender Faktor. Deswegen versuchen wir sehr bewusst, Fördermittel zu nutzen, damit wir Fortschritte erzielen können.



© Privat

Dr. Holger Janßen leitet das Amt für Raumordnung und Landesplanung der Region Rostock und ist zugleich Leiter der Geschäftsstelle des örtlichen Planungsverbandes. Zuvor war er als Referent für Grundsatzangelegenheiten der Raumordnung und Belange der Regionalplanung im Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern sowie als Wissenschaftler am Leibniz-Institut für Ostseeforschung Warnemünde tätig.



Regionale Open Government Labore

Wie können Kommunen – insbesondere in ländlichen Räumen – die Herausforderungen aus Klimawandel, technologischem Wandel, demografischem Wandel und demokratiefeindlichen Tendenzen meistern? Die Initiative Regionale Open Government Labore zeigt einen Weg.



Workshop in Merzenich – Eröffnung © Matthias Neutzner

Ideenlabor zur Stärkung der regionalen Gesellschaft

Kommunen werden mit zahlreichen, teilweise globalen Herausforderungen konfrontiert, denen nur dann erfolgreich begegnet werden kann, wenn Bürgerinnen und Bürger sowie zivilgesellschaftliche Initiativen

aktiv eingebunden werden. Das ist die Überzeugung der 13 Regionalen Open Government Labore, die mit vielen Einzelprojekten Pionierarbeit leisten. In den Laboren werden völlig neue Wege beschritten. Die Projekte sind so vielfältig wie die Menschen, die dahinterstehen und mit Engagement und Begeisterung ihre Ideen verwirklichen.

Labor

Themen und Projekte (Auswahl)

| | |
|------------------------|---|
| Bad Belzig, Wiesenburg | Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Kommunalpolitik auch unter Nutzung digitaler Tools |
| Bad Berleburg u. a. | Zukunft der Kurorte in ländlichen Räumen unter Anwendung der Design-Thinking-Methode |
| Bremen u. a. | Stärkung der Digitalkompetenzen Älterer, Entwicklung von Angeboten unter Einbeziehung der Seniorinnen und Senioren |
| Marburg-Biedenkopf | Entwicklung eines „Digitalen Dorfgemeinschaftshauses“, Veranstaltungsreihe „Gespräche im Park“ mit Bürger-Picknick als Auftakt |
| Merzenich, Kerpen | Bürgerbeteiligung am Strukturwandelprozess, Projekt „Ein.Laden“ mit Raum für Austausch, Beteiligung und Einkauf regionaler Produkte |
| Merseburg, Schkopau | Interkommunales Digitalisierungsnetzwerk unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger |
| Niederrhein | Bereitstellung und Nutzung offener Daten in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft |
| Oberrhein | Dialogorientierte Beteiligung in der Stadt Titissee-Neustadt zur Energiewende und der Tourismusentwicklung; „Summer of Pioneers“ der Stadt Tengen |
| Bergstraße-Odenwald | Regionalmarketing, Co-Working-Arbeitsplätze, Grundlagen für Online-Sprechstunden, Dialog über Wohnvisionen |
| Partheland | Citizen-Science-Projekt „Wir messen unsere Stadt“, Cloud zur regionalen Vernetzung der Engagierten |
| Rhein-Neckar | Lokale Implementierung der UN-Nachhaltigkeitsziele im Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern |
| Verwaltungsrebelln | Unterstützung der Änderung der Verwaltungskultur für Offenheit gegenüber Impulsen aus der Zivilgesellschaft |
| Würzburg u. a. | Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu relevanten kommunalpolitischen Themen in kleinen Gemeinden |
| Zusatz | zufallsbasierte und aufsuchende Beteiligung zum Stadtentwicklungskonzept in den Städten Tengen (Labor Oberrhein) und Brandis (Labor Partheland) |



AG-Arbeit © Matthias Neutzner



Bürgermeister Georg Gelhausen beim Workshop in Merzenich © Matthias Neutzner



Titelillustration „Kommunales Open Government erlebbar und wirksam machen“ © Elisabeth Deim

Wirkung auf die lokale Gesellschaft

Es ist nicht nur das Ziel der Regionalen Open Government Labore, Best-Practice-Beispiele aneinanderzureihen, sondern anhand der Maßnahmen die Wirkung auf die Zielgruppen und die lokale Gesellschaft nachzuweisen. Neben Beispielen, was gemacht wird, soll Ergebnis der Initiative „Regionale Open Government Labor“ sein, wie und mit welcher Wirkung die Maßnahmen durchgeführt werden. Die Labore wollen eine Kausalbeziehung zwischen den eingesetzten Ressourcen, den durchgeführten Aktivitäten und den Einstellungen und Handlungen der Zielgruppen herstellen. Beispielsweise wäre nach der Implementierung einer Beteiligungs-App zu prüfen, ob die App von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen wird, die Ergebnisse von der Verwaltung für bessere Entscheidungen genutzt werden und die Bürgerinnen und Bürger sich stärker in der Kommune engagieren.

Kommunale Perspektiven

Nicht immer sind Kommunen die Träger der Labore, unter den Initiatoren sind auch ein Bürgernetzwerk, Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen. Die unterschiedliche Trägerlandschaft verspricht auch differenzierte Perspektiven. Die Regionalen Open

Government Labore stecken noch mitten im Arbeitsprozess. Die Pandemiebedingungen erschwerten den Start und erzwangen zunächst ein Ausweichen in digitale Projekte. Zwar sind die Projektteilnehmenden digital affin, aber für den Aufbau dauerhafter und krisenfester Kooperationsbeziehungen zwischen Verwaltungen und Zivilgesellschaft bedarf es einer Vertrauensbasis, die auch durch persönliches Kennenlernen und gegenseitige Wertschätzung entstehen und wachsen muss. Die Labore hoffen, bis zum Ende ihres Projekts nicht nur ihre Laborprojekte erfolgreich weiterzuführen, sondern gemeinsam die Methodik für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft zu erarbeiten, die der Entwicklung der Region einen spürbaren Impuls verleiht und vielfältig nachgenutzt werden kann.

Forschungsassistenz: ModusCo eG und Hochschule Harz

Fachbereich für Verwaltungswissenschaften

Kontakt: matthias.neutzner@modusco.de

Laufzeit: 2020–2022

Regiopolen und Regiopolregionen für Deutschland

Ein neuer Raumtyp zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen

Begleitforschung des Bundes

Zentrale Rolle der Begleitforschung

Derzeit läuft die Diskussion um Regiopolen und Regiopolregionen und ihre Rolle im raumordnerischen Zentralitätsgefüge.

Die Begleitforschung des Bundes hat die Aufgabe, das Regiopol(regionen)konzept im Kontext neuer Herausforderungen zu reflektieren, Beitrag und Mehrwert des Konzepts im Sinne einer nachhaltigen Raumentwicklung zu diskutieren sowie Empfehlungen für eine mögliche Verankerung im raumordnungspolitischen Rahmen des Bundes, der Länder und der Regionen zu geben. Die empirische Basis hierzu liefern einerseits eigene Analysen und Recherchen, andererseits die Ergebnisse, die die Mitglieder des Deutschen RegioPole-Netzwerks im Rahmen des geförderten Projekts erzielen.

Um spezifische Funktionalitäten zu identifizieren, die Regiopolen im deutschen Städtesystem wahrnehmen bzw. ausmachen, führt die Begleitforschung eigene empirische Analysen zum Mitversorgungs- und Innovationspotenzial von Städten durch. Ziel ist, die Ausprägung dieser Potenziale von Regiopolen bzw. Regiopolregionen in Unterscheidung zu Oberzentren und Metropolen sowie deren Verflechtungsbereichen zu ermitteln.

Erste Erkenntnisse

Erste statistische Untersuchungen fokussierten auf deutschlandweit verfügbare Indikatoren, die im weiteren Projektverlauf vertieft werden. Für die oberzentrale Versorgungsfunktion wurden beispielsweise Krankenhäuser der höheren Versorgungsstufen, hochrangige Verwaltungseinrichtungen wie Gerichte oder Shoppingcenter herangezogen. Die metropolitane Innovationsfunktion wird u. a. über Hochschulen, TOP-Banken und TOP-Unternehmen abgebildet.

Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass es neben den in der RegioStaR-Typologie des BBSR¹ identifizierten Regiopolen weitere Städte mit weniger als 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern gibt, die eine vergleichbare Funktionalität aufweisen. Darüber hinaus zeigen die vorläufigen Befunde unterschiedliche Ausprägungen bzw. Schwerpunkte in der Funktionalität innerhalb des Feldes der potenziellen Regiopolen. Diese unterscheiden sich mitunter deutlich (siehe Abb. „Unterschiedliche Typen von Regiopolen mit jeweils typischen Merkmalskombinationen“). Beispielsweise besitzen die sogenannten „Multifunktionalen“ sowohl ein überdurchschnittliches Mitversorgungspotenzial als auch ein überdurchschnittliches Innovationspotenzial. Dagegen weisen die „Spezialisten“ im Schwerpunkt entweder ein überdurchschnittliches Mitversorgungspotenzial (a) oder Innovationspotenzial (b) auf.

¹ Bundesinstitut für Bau- Stadt- und Raumforschung (BBSR)
<https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/G/regionalstatistische-raumtypologie.html> vom 09.12.2021

Fachforum für die breite Fachöffentlichkeit

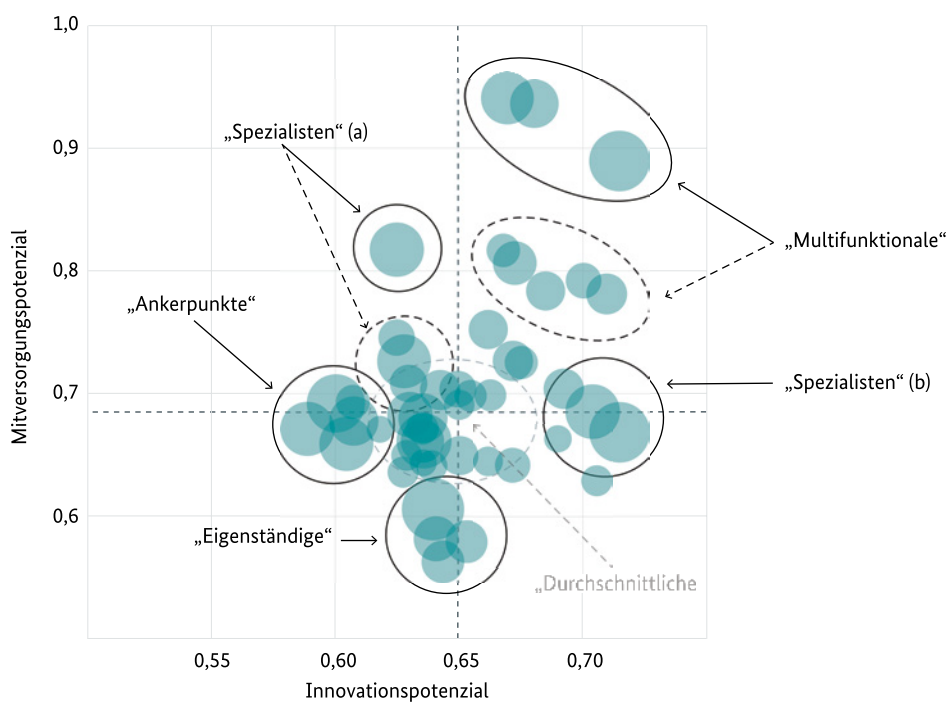
Im Projektzusammenhang fand im Herbst 2021 das Fachforum „Regiopolen und Regiopolregionen für Deutschland: ein Mehrwert für Regionen und ihre Städte“ statt. Gekommen war eine breite Fachöffentlichkeit mit über 120 Teilnehmenden. Die Veranstaltung diente nicht nur dem Austausch über die Zwischenergebnisse, sondern insbesondere der Beantwortung der Frage, inwieweit das Regiopolenkonzept raumordnungspolitisch weiterentwickelt werden kann.

Diskutiert wurden vor allem die Bezüge des Regiopolenkonzept zum Zentrale-Orte-Konzept sowie zum Konzept der Metropolregionen. Wolfram Leibe, Oberbürgermeister der Stadt Trier, erläuterte im Rahmen des Fachforums als Vertreter des RegioPole-Netzwerks dessen Ziele, Perspektiven und Projekte. In der anschließenden Podiumsdiskussion erfolgte

ein Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundes-, Landes- und Regionalplanung zum aktuellen Stand des Regiopolenkonzepts in den Ländern sowie zum konkreten Mehrwert für die Regionen. Es bestätigte sich, dass regionale Kooperationen immer einen Mehrwert für alle Beteiligten bieten müssen und dazu genutzt werden sollten, innerregionale Konkurrenzen abzubauen.

Forschungsassistenz: agl Hartz • Saad • Wendl
Landschafts-, Stadt- und Raumplanung
Prof. Dr. Stefan Greiving
Prof. Dr. Thorsten Wiechmann
Dr. Thomas Terfrüchte
Kontakt: andreahartz@agl-online.de
Laufzeit: 01/2021–12/2022

Abb. Unterschiedliche Typen von Regiopolen mit jeweils typischen Merkmalskombinationen



Quelle: agl, Begleitforschung, 2021

Regiopolen und Regiopolregionen werden zu Regiopolregionen

Modellvorhaben

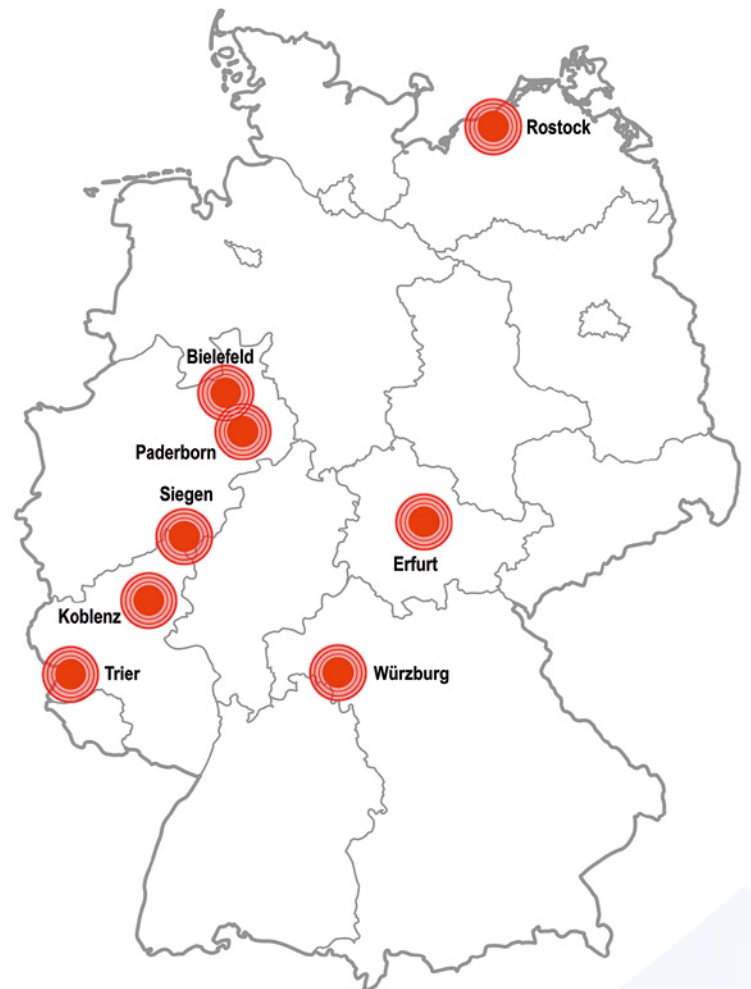
Ressortübergreifende Gemeinschaftsinitiative

Der Antrag für das Modellvorhaben wurde 2019 von den (Ober)Bürgermeistern des Deutschen Regiopol-Netzwerks in Federführung der Stadt Trier und in Einbindung der Bundestagsabgeordneten aus diesen Regiopolen erarbeitet und ist insoweit eine Gemeinschaftsinitiative „von unten“. Diesem Netzwerk gehören neben Rostock und Trier die Städte Bielefeld, Erfurt, Koblenz, Paderborn, Siegen und Würzburg an.

Das Ziel ist, für die Bürgerinnen und Bürger in den Regiopolen (= Oberzentren) und Regiopolregionen (= ländlichen Räumen) die heutigen Lebensverhältnisse zu erhalten, besser noch eine nachhaltige Verbesserung zu erreichen. Hierzu wurden im Modellvorhaben acht Infrastrukturbereiche untersucht, das die Zusammenarbeit unterschiedlicher Ressorts in der jeweiligen Regiopole notwendig machte. Im Weiteren wird der Begriff „Regiopolregion“ verwendet, um auf die Verflechtung von Oberzentren mit den ländlichen Räumen hinzuweisen.

Die Regiopolregion Trier

Der Mehrwert der Regiopolregionen wird offensichtlich, wenn dieser für Bürgerinnen und Bürger erfahrbar ist. Dies zeigt sich, wenn eine Verbesserung gegenüber dem heutigen Zustand erreicht werden kann. Ein konkretes Beispiel bietet die Regiopolregion Trier: An diesem Standort bestehen unterschiedlichste Angebote der spezialisierten Gesundheitsinfrastruktur, die öffentlich und privat bereitgestellt werden. Einen wesentlichen Mehrwert bietet der Fachbereich Augenheilkunde. Gerade dieses Angebot ist insbesondere in ländlichen Räumen rückläufig. Durch das Modellvorhaben konnte die augenärztliche



Die Regiopolregionen des Modellvorhabens.
Quelle: agl 2020, auf Basis von Geodaten des BBSR

Versorgung auf dem Land revitalisiert werden. Diese wurde von der Regiopole Trier aus von Anbietern durch die Übernahme von Einrichtungen im ländlichen Umland übernommen. Unterstützt werden diese durch den Einsatz digitaler Anwendungen. Dieses erweiterte Angebot kommt sowohl der Regiopole als auch der Regiopolregion zugute.

Mehrwert des Modellvorhabens

Die Ausstattungskataloge in den Landesentwicklungsprogrammen sind häufig sehr allgemein formuliert und besitzen keine Bindungswirkung, sondern übernehmen lediglich eine Orientierungsfunktion. Im Modellvorhaben (z. B. Trier) wird deutlich, dass es neben raumordnerisch-methodischen Themenstellungen auch darum geht, wie die Raumordnung Grundlagen schaffen kann, um Leitprojekte in RegiopoleRegionen zu entwickeln und umzusetzen, die für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort einen Mehrwert haben.

Der zentrale Mehrwert ist am Ende des Modellvorhabens erzielt, wenn konkrete Leuchtturmprojekte aus den jeweiligen untersuchten Infrastrukturbereichen in den RegiopoleRegionen entwickelt und im weiteren Verlauf umgesetzt werden. Dabei gilt es insbesondere Governance-Strukturen aufzubauen, sodass eine Verstetigung der bisherigen Projektarbeit gewährleistet wird.

Weitere Mehrwerte für RegiopoleRegionen sind:

1. Es geht nicht nur um raumordnerisch-methodische Themen. Vielmehr geht es darum, wie die Raumordnung Grundlagen schaffen kann, um Leitprojekte in RegiopoleRegionen zu entwickeln und umzusetzen, die für Bürgerinnen und Bürger vor Ort einen Mehrwert haben.
2. Den RegiopoleRegionen werden eindeutige quantitative und qualitative Ausstattungsmerkmale wie Infrastrukturen bzw. Einrichtungen zugeordnet.
3. Infrastruktur-Leitprojekte in den Regiopole-Regionen sollen über finanzielle Zuweisungen des Bundes, der Länder, aber auch der Kommunen – als Gemeinschaftsaufgabe – umgesetzt werden.

| | |
|---------------|---|
| Durchführung: | Stadt Trier: Amt StadtForschungEntwicklung |
| Kontakt: | johannes.weinandDr@trier.de |
| Laufzeit: | 01/2021–12/2022 |

Abb. Regiopolen und Regiopoleregionen Thematische Schwerpunkte „Infrastrukturentwicklung“

| Infrastruktur | | Federführende Regiopole für einen Infrastrukturbereich | |
|---|--|--|-----------|
| Leitprojekt(e) Finanz- und Trägerinfrastrukturen | 1. Gesundheitsinfrastruktur | | Trier |
| | 2. Wirtschafts-, Gründungs- und Dienstleistungsinfrastruktur | | Würzburg |
| | 3. Digitale Infrastruktur (im öffentlichen Bereich) | | Paderborn |
| | 4. Energiestruktur | | Rostock |
| | 5. Kulturinfrastruktur | | Erfurt |
| | 6. Bildungs- und Forschungsinfrastruktur | | Siegen |
| | 7. Mobilitätsinfrastruktur | | Bielefeld |
| | 8. IT-Infrastruktur (zur Wirtschaftsentwicklung) | | Koblenz |

Klima
Flächennutzung
Demografie

Quelle: Stadt Trier, StadtForschungEntwicklung

Demografischer Wandel, regionale und kulturelle Identität



Quedlinburg © jon chica parada, Getty Images

Der demografische Wandel beschreibt die Veränderungen in der Bevölkerung in Bezug auf Zusammensetzung und Altersstruktur. Während viele Städte Bevölkerungszuwächse verzeichnen, ist der Bevölkerungsrückgang in strukturschwachen ländlichen Räumen stark ausgeprägt¹. Damit verbunden sind deutschlandweit große regionale Unterschiede in Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie bei der Verfügbarkeit von Angeboten der Grundversorgung und Daseinsvorsorge. Dies betrifft insbesondere den Zugang zu technischen, sozialen und kulturellen Infrastrukturen².

Die ländlichen Räume Deutschlands werden darüber hinaus durch vielfältige Einflüsse geprägt, zu diesen gehört u. a. die regionale und die kulturelle Identität. Die kulturelle Identität basiert auf Gemeinsamkeiten in Religion, Geschichte, Politik, Traditionen und moralischen Werten. Zur regionalen Identität zählen Merkmale, die von der Mehrheit der Bevölkerung in einer Region als charakteristisch und identitätsgebend wahrgenommen werden, z. B. Natur, Landschaft, Geschichte, Sprache, (Alltags-) Kultur oder Wirtschaft³.

Bevölkerungsverluste im Rahmen des demografischen Wandels wirken sich auch auf Kulturangebote aus. Diese müssen sich der Veränderung der Gesellschaft anpassen und sich dabei Herausforderungen stellen wie z. B. sinkenden Nutzerzahlen und geringeren Einnahmen oder einer sich verändernden Nachfrage durch immer älter werdende Zielgruppen. Gleichzeitig müssen Kulturangebote auch auf eine internationalere Gesellschaft abgestimmt werden⁴.

Schwinden die finanziellen Spielräume von Kommunen, ergeben sich Einschränkungen kultureller Angebote und es besteht die Gefahr, dass kulturhistorisch wertvolle (Bau-)Substanz verloren geht. Zudem beeinträchtigt eine zurückgehende Kirchenbindung die finanzielle Leistungsfähigkeit

und damit die Arbeitsfelder kirchlicher Kulturträger. Um die kulturelle Identität in ländlichen Räumen auch in der Zukunft zu sichern, ist es wichtig, nicht nur auf eine staatliche Förderung zu setzen, sondern das bürgerschaftliche Engagement stärker zu aktivieren⁵. So entsteht ein starkes Regionalbewusstsein und eine Identifikation mit der eigenen Region. Kultur stärkt auch das Vertrauen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Eine hohe Identifikation und ein starkes Regionalbewusstsein leisten einen Beitrag zu kulturellem Reichtum und erhöhen den wirtschaftlichen Erfolg und die Wettbewerbsfähigkeit von Regionen⁶.

Vorhaben des Programms Region gestalten stärken regionale und kulturelle Identität.

Kultur bietet Anlass für zwischenmenschliche Begegnungen, stärkt soziales Vertrauen und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie fördert die Identifikation der Menschen mit ihrer Region und macht diese für potenzielle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, touristische Gäste und Neubürgerinnen und -bürger attraktiv. Doch wie können ländliche Regionen mit strukturellen Herausforderungen ihre Potenziale entfalten? Verschiedene Studien und Modellvorhaben des Programms *Region gestalten* haben das Ziel, hierzu Informationen und Erkenntnisse innerhalb und außerhalb der untersuchten Regionen zu vermitteln.

Im Vorhaben Wissensverbund regionale Kultur (WrK) werden in Pilotregionen die Rahmenbedingungen und Handlungsoptionen zur Förderung von Synergien zwischen Kultur und der jeweiligen Region untersucht. Ein Netzwerk für Kultur, das aus Kulturvereinen, Kulturschaffenden und weiteren gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren vor Ort besteht, will unter ländlichen Bedingungen neue Wege zur Kultur entwickeln.

Auch eine Reihe von Modellvorhaben widmet sich dem Thema Kultur und regionale Identität.

> Dazu gehören u. a. die kulturelle Beteiligung und Schulung digitaler Kompetenzen in einem Land Labor (Thallwitz; Heimat 2.0), die Nutzung von Sagen als verknüpfendes Element einer nachhaltigen Entwicklungsstrategie und Basis für regionale Produkte, Wertschöpfung und regionale Identität (Sagenhaftes Mittelsachsen im Landkreis Mittelsachsen; Aktive Regionalentwicklung) sowie Kulturinfrastruktur als Handlungsfeld der Zusammenarbeit in Regiopolygonen (Erfurt; Regiopolen und Regiopolygonen). Darüber hinaus werden digitale Anwendungen erprobt, die den Zugang zu Kulturangeboten verbessern, wie z. B. im Projekt kulturis.online – Kultur in Südniedersachsen (Heimat 2.0). Eine Onlineplattform bietet Kulturschaffenden die Möglichkeit, sich zu präsentieren und Kulturinteressierten einen Zugang zu Kulturangeboten. Auch in den Modellvorhaben Herzberg digital.verein.t sowie Alte Mark und junge Kultur in Stendal spielt Kultur eine große Rolle.

Digitalisierung kann dabei helfen, Erreichbarkeitsdefizite zu überwinden, indem Kultur digital direkt in die Regionen kommt. Im Vorhaben Digitale Kulturbühne werden Veranstaltungen per Live-Stream in den Festsaal einer Gemeinde gesendet, während die Zuschauenden gemeinsam wie bei einem Live-Event die Veranstaltung genießen, ohne viele Kilometer fahren zu müssen.

Der Erhalt orts- und landschaftsprägender Gebäude und Gebäudeensemble, die oft unter Denkmalschutz stehen, ist ebenfalls ein wesentlicher Beitrag zur regionalen Identität. Dazu gehören z. B. Klöster und kirchliche Gebäude. Der demografische Wandel führt u. a. auch hier häufig zu Nutzungsänderungen. Das Vorhaben Wissensportal Transformation von Klöstern bietet Informationen und Hilfestellungen bei der Beantwortung von Fragen rund um Nutzungsänderungen.

1 Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2019): *Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall*. Berlin.

2 Bundesministerium des Inneren und für Heimat (BMI) (2019): *Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“*.

3 Pfeffer-Hoffmann C. (2011): *Regionale Identität und gesellschaftlicher Zusammenhalt*. In: Pfeffer-Hoffmann C. [Hrsg.]; Hendricks W. [Hrsg.]: *Generationenübergreifende Entwicklung gesellschaftlicher Perspektiven in der Niederlausitz. Ergebnisse des Projektes Anstoß*. Freiburg, Br., Centaurus 2011, 11–22.

4/5 O. V. (Wissenschaftliche Dienste, Fachbereich Kultur und Medien, Deutscher Bundestag) (2006): *Demographischer Wandel und Kultur: Thematischer Überblick und kulturpolitische Schlussfolgerungen*. Ausarbeitung WF X 016/06.

6 Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat (o.J.): *Regionale Identität*. https://www.stmfh.bayern.de/heimat/regionale_identitaet/regionale_identitaet.aspx (28.04.2022).



Elblandfestspiele © Foto Podiebrad

Wissensportal Transformation von Klöstern

Viele Klöster in Deutschland müssen aufgegeben werden. Der Verein Zukunft Kulturraum Kloster e. V. leistet einen wichtigen Beitrag zur Transformation der oft denkmalgeschützten Häuser und Liegenschaften hin zu regional bedeutsamen Nachnutzungen.

Der Nachwuchsmangel der Ordensgemeinschaften und die daraus resultierende Überalterung führen dazu, dass sich mehr und mehr Ordensgemeinschaften von ihren Klöstern trennen müssen. Bisher standen sie oft allein vor der großen Aufgabe, ihre Gebäude in sinnvolle und gemeinwohlorientierte Weiternutzungen zu überführen. Die Transformation eines Klosters benötigt Mut und ist viel Arbeit. Den Betroffenen fehlen relevante Informationen und weiterführende Hilfen zu notwendigen Schritten. Dabei geht es unter anderem um bauliche Rahmenbedingungen des Denkmal- und Brandschutzes oder finanzielle und steuerliche Belange. Hier setzte der Verein Zukunft Kulturraum Kloster e. V. an:

Das Online-Portal www.zukunftkulturraumkloster.de bietet Unterstützung und liefert Lösungsansätze für die herausforderndsten Fragen der Transformation von Klöstern, um diesen Prozess für Kommunen, Ordensgemeinschaften und Nachnutzer zu erleichtern.

Grundsteinlegung für das Wissensportal

Auf dem Weg zum Wissensportal war die Durchführung des Runden Tisches mit allen relevanten Disziplinen im Frühjahr 2021 ein wichtiger Meilenstein. Hier tauschten sich, neben politischen Vertretern, Experten des Bausektors, Investoren, Brandschutzbeauftragte sowie Vertreter der Ordensgemeinschaften zur Zukunft von Klöstern aus. Alle Gäste waren sich einig: Gemeinsam und mit einem guten Austausch zwischen allen Beteiligten wird die Transformation von Klöstern gelingen.

Zukunftslabore

Wichtiges Wissen für das Portal wurde auch im Rahmen von zwei Zukunftslaboren zusammengetragen und angewendet. Während eines dreitägigen Zukunftslabors im August 2021 entwickelten Expertinnen und Experten aus den Bereichen Baukultur,



Begehung des Kloster Dettelbach (v. L.): 1. Bürgermeister Matthias Bielek und Ulrike Rose vom Verein Zukunft Kulturraum Kloster e.V. mit den Experten Nils Holger Moormann und Stadtbaurat a. D. Prof. Christian Baumgart © ZKK e. V.

Organisationsentwicklung und Stiftungswesen in Zusammenarbeit mit den Akteurinnen und Akteuren vor Ort Ideen für ein zukunftsfähiges Kloster auf der Brede in Brakel (Nordrhein-Westfalen). Im zweiten Zukunftslabor wurden mögliche Nutzungsszenarien für das leerstehende Franziskanerkloster Dettelbach in Unterfranken entworfen. So wurden mit Hilfe der Zukunftslabore in kurzer Zeit reale Lösungen für eine mögliche Transformation der jeweiligen Klöster entwickelt.

Aufbau des Wissensportals

Das Portal zeigt Herausforderungen und Lösungen auf. Im ersten Menüpunkt werden die größten Herausforderungen bei der Abgabe eines Klosters an Nachnutzer vorgestellt. Diese wurden in die Rubriken



Kloster Beuerberg-Maierhof © Edward Beierle

Architektur, Betrieb, Brandschutz, Denkmalschutz, Genehmigung und Umbau, Liegenschaften und Werke übertragen sowie Nachnutzer geclustert und enthalten darüber hinaus erste Handlungsvorschläge.

Unter Lösungen wird die Transformation von Klöstern an fünf Fallbeispielen lebendig. Anhand von Best-Practice-Beispielen und Hintergrund-Interviews mit Ordensgemeinschaften, Nachnutzern und betroffenen Kommunen werden fundiertes Insider-Wissen sowie zahlreiche Möglichkeiten und Wege für eine behutsame Nachnutzung für Klöster und Kommunen in ganz Deutschland zugänglich gemacht. Die Orte und die historische Entwicklung der umliegenden Gemeinden, die durch das jahrhundertelange Wirken der Ordensgemeinschaften geprägt sind, werden vorgestellt.

Die Orden übernehmen oftmals wichtige Aufgaben in kulturellen, sozialen und seelsorgerischen Bereichen sowie der Bildung. Es sollen Nachnutzungen gefunden werden, die diese Aufgaben fortführen oder sinnvoll ersetzen. Im Mittelpunkt steht die Einbeziehung aller betroffenen Akteurinnen und Akteure bei der Entwicklung von Zukunftsbildern. Nur so kann sichergestellt werden, dass die neue Nutzung der Gemeinde und der Region zuträglich ist. Die zahlreichen Gespräche mit Ordensgemeinschaften und Nachnutzenden haben den Verein Zukunft Kulturraum Kloster e. V. darin bestätigt, dass die Weitergabe der Erfahrungen hilft, die komplexe und sehr individuelle Transformation eines Klosters zu vereinfachen.

| | |
|---------------|----------------------------------|
| Durchführung: | Zukunft Kulturraum Kloster e. V. |
| Kontakt: | post@zukunftkulturraumkloster.de |
| Laufzeit: | 2021–2023 |
| Webseite: | www.zukunftkulturraumkloster.de |

Wissensverbund regionale Kultur

Welche Rahmenbedingungen sind nötig, um gleichwertige Lebensverhältnisse in strukturschwachen ländlichen Regionen auch im kulturellen Bereich zu stabilisieren?

Dieser und weiteren Fragen geht der Wissensverbund regionale Kultur (WrK) in drei Pilotregionen nach.

Kulturelle Aktivität in ländlichen Räumen

Mit dem Vorhaben „Wissensverbund regionale Kultur“ (WrK) sollen die strukturellen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Teilhabe der Menschen an kulturellen Aktivitäten in strukturschwachen ländlichen Räumen gestärkt werden. Ziel ist, dass die Regionen in Vernetzungs- und Fachtreffen miteinander und voneinander lernen, wie kulturelle Teilhabe und damit die regionale und kulturelle Identität der Bürgerinnen und Bürger gestärkt bzw. erhalten werden kann.

Engagierte Regionen gewinnen

Im ersten Schritt galt es, drei engagierte Regionen für das Vorhaben zu gewinnen. Diese sollten quantitative Kriterien der Strukturschwäche sowie der Ländlichkeit erfüllen. Hierfür wurde zunächst ein Kriterienkatalog erstellt, um die Anzahl der Regionen einzugrenzen. Neun potenzielle Regionen kamen in die engere Auswahl und wurden mittels eines Online-Fragebogens zu kulturspezifischen Themen näher untersucht. So entstand ein vielseitiges Bild der in Frage kommenden Regionen.

Für die finale Auswahl wurden die Regionen um ein Motivationsschreiben gebeten. Außerdem wurden gut vernetzte Kultur-Akteurinnen und Kultur-Akteure in Tiefeninterviews u. a. zu ihrem Engagement befragt. Dies erwies sich als entscheidender Schritt, da der Aufwand in Form von Netzwerkarbeit und Teilnahme an Untersuchungen sehr hoch ist.

Trotz der hohen Anforderungen an die Regionen, standen am Ende noch immer sechs Regionen bereit, die alle Kriterien erfüllten. Daher wurde das Konzept angepasst: Zusätzlich zu den drei geplanten Pilotregionen sind drei weitere Regionen als assoziierte Regionen in der Gründungsphase des Wissensverbunds mit an Bord. Die Pilotregionen sind Emsland, Prignitz und Kulturraum Oberlausitz-Niederschlesien. Als assoziierte Regionen sind Dithmarschen, Anhalt-Bitterfeld und Südwestpfalz beigetreten.

Die ersten Vernetzungstreffen

Zentraler Baustein der Arbeit des WrK sind jährliche Vernetzungs- und Fachtreffen. Im Jahr 2021 fanden das Gründungstreffen sowie ein Fachtreffen zu den



Landkreis Prignitz – Dorf macht Oper © Carsten Bredhauer (2009)



Landkreis Prignitz – Dorf macht Oper © Jonathan Hübner

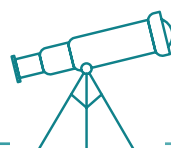
Themen „Wirkung definieren und erzielen“ und „Einbindung von jungen Menschen“ in digitaler Form statt. Zum Gründungstreffen kamen über 20 Mitglieder aus den Pilotregionen und assoziierten Regionen. Hier wurde über die Struktur des WrK und dessen Selbstverständnis, aber auch über Inhalte wie mentale, kreative, organisatorische Ressourcen, Veränderungsbereitschaft, zukünftige Trends und Breitenkultur gesprochen.

Für das Fachtreffen entsandten die Steuerungsgruppen der Regionen Vertreterinnen und Vertreter, die in Arbeitsgruppen intensiv an den Themen arbeiteten, die vorher per Umfrage festgelegt wurden.

Den Wandel gestalten

Bereits in der Startphase des WrK zeigten sich spannende Übereinstimmungen, aber auch Unterschiede zwischen den Regionen: Während einige der Regionen in Teilbereichen wie der Einbindung von jungen Menschen, der lokalen und überregionalen Vernetzungsarbeit, der kulturellen Infrastruktur oder dem Innovationsgrad Vorreiter sind, haben es andere Regionen in den genannten Bereichen aus unterschiedlichen Gründen deutlich schwerer.

Die zukünftige Herausforderung des Wissensverbunds wird es daher sein, für alle Regionen neue Impulse zu schaffen. Die große Aufgabe, die den Mitgliedern des Projekts zukommt, ist es, vor Ort für einen Wissenstransfer in die jeweilige Region zu sorgen und die Impulse des WrK nutzbar zu machen. Gelingt dies, wird der WrK dazu beitragen können, den Transformationsprozess in den Regionen im Sinne besserer kultureller Teilhabemöglichkeiten zu gestalten.



Ausblick

Parallel zum Aufbau des Netzwerks werden in den drei Pilotregionen Datenerhebungen und Interviews sowie Akteurs- und Netzwerkanalysen durchgeführt, die die strukturellen Gegebenheiten im Bereich der Kultur sichtbar machen. Diese Ergebnisse dienen im Zusammenspiel mit den Ergebnissen der Vernetzungs- und Fachtreffen dazu, Handlungsempfehlungen für eine Verbesserung der kulturellen Teilhabe herauszuarbeiten und die Potenziale regionaler und kultureller Identität zu entwickeln.

Im Projektverlauf können weitere Regionen in Deutschland dem Wissensverbund beitreten, um mehr Einblick in die kulturelle Vielfalt der Regionen zu gewinnen und einen noch breiteren Wissensaustausch zu ermöglichen. Interessierte Kommunen sind herzlich eingeladen, die mit der Umsetzung des Projekts betrauten Büros zu kontaktieren und sich über eine Teilnahme am WrK zu informieren.

Durchführung: Arbeitsgemeinschaft mensch und region, Sebastian Cunitz, Cluster Projekte GmbH
 Kontakt: boehm@mensch-und-region.de
 Laufzeit: 06/2021–11/2023

Digitale Kulturbühne

Zur Verbesserung der Teilhabe am kulturellen Leben in strukturschwachen ländlichen Regionen wird modellhaft eine Veranstaltungsreihe umgesetzt, in der für das heimische Publikum attraktive, digital übertragene, kulturelle Inhalte angeboten und in einen lokalen Rahmen eingebunden werden.

Kultur für Groß und Klein auf der digitalen Bühne

Gemeinsam bei der Übertragung eines Fußballspiels mitzufiebern, ist für viele Menschen selbstverständlich. Gemeinsam im örtlichen Festsaal gestreamte Kultur zu genießen, ist dagegen Neuland, das nun Bürgerinnen und Bürger des Flecken Delligsen und der Umgebung betreten haben.

Die Cluster Projekte GmbH konzipierte die Veranstaltungsreihe „Digitale Kulturbühne“ mit sehr unterschiedlichen Veranstaltungen.

Im Zentrum der ersten Veranstaltung stand ein digitales Improvisationstheater mit Schmidt's Katzen, einem Ensemble aus Hildesheim. Eine Moderatorin vor Ort im Festsaal sammelte die Impulse des Publikums und vermittelte sie an die Darstellerinnen auf der Leinwand für die spontan entstehenden Theater-szenen. Die „Katzen“ sorgten mit ihren witzigen, unterhaltenden Einlagen bei dem altersmäßig sehr heterogenen Publikum für Heiterkeit und gute Laune. Gerahmt wurde die Veranstaltung durch die lokale Singer-Songwriterin Caroline Berndt-Uhde. Wie bei einem „analogen“ Theaterbesuch konnte das Publikum Snacks und Getränke erwerben und in der Pause miteinander ins Gespräch kommen.

Mit einem Theaterstück für Kinder ab vier Jahren hat sich die Zielgruppe der zweiten Veranstaltung stark verjüngt. Das Stück „Der Wal“ vom Theater zwischen den Dörfern wurde eigens für die digitale Umsetzung konzipiert und live auf die Leinwand des Delligser Festsaals gestreamt. Theaterpädagogische Übungen, angeleitet durch den heimischen Theaterverein, haben die kleinen Gäste vorab in eine spannungsvolle Stimmung gebracht und den Einstieg ins Stück vorbereitet. Im anschließenden Publikumsgespräch mit Kuchen und Kakao konnten die Kinder ihre Fragen und Ideen einbringen.

Die dritte Veranstaltung war ein Krimiabend mit dem schwedischen Autor Arne Dahl. Die Lesung wurde aus dem Literaturhaus Frankfurt gestreamt. Das Publikum erhielt viele spannende Hintergrundinformationen durch ein Interview, das der Moderator Ulrich Sonnenschein mit dem Autor führte. Die Gemeindebücherei lud an einem Bücherstand im Festsaal zum Stöbern ein.

Den Abschluss der Reihe bildete der Opernstream „Die Hochzeit des Figaro“ aus der Staatsoper Hannover. Nach einer lebendig gestalteten Einführung erlebte das Publikum mit Figaro die Höhen und Tiefen seiner Hochzeitsvorbereitungen.

Ein neues Format!

Die Digitale Kulturbühne ist ein Modellvorhaben des Bundes zur Verbesserung der Teilhabe am kulturellen Leben in strukturschwachen ländlichen Regionen. Das lokale Publikum erlebt digital übertragene Veranstaltungen gemeinsam im örtlichen Festsaal. Gerahmt werden die Streams mit analogem Programm, gestaltet von lokalen Akteurinnen und Akteuren. Das Catering wird vom Pächter des Festsaaals bereitgestellt.

Die vier Pilotveranstaltungen sollen möglichst unterschiedliche Zielgruppen und Genres bedienen. Für die Übertragbarkeit des Ansatzes auf weitere Regionen wird anschließend ein Werkzeugkasten erstellt. Es soll herausgefunden werden, ob dieses Format eine geeignete Ergänzung für das existierende Kulturprogramm sein und zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland beitragen kann.

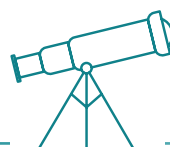
Als Pilotregion wurde der Flecken Delligsen im Landkreis Holzminden ausgewählt. Der örtliche Festsaal bietet ausreichend Platz für Veranstaltungen, auch unter den coronabedingten Hygieneregeln, und weist eine Ausstattung und eine technische Infrastruktur auf, wie sie diverse Festsäle deutschlandweit haben.

Ein übertragbares Modell?

Die Wirksamkeit des Projekts wird durch die Evaluatörin Dr. Birgit Wolf untersucht. Sie führt Befragungen und eine qualitative und quantitative Untersuchung durch. „Schon in der Halbzeit des Projektzeitraums

können wir feststellen, dass dieses Format funktioniert und eine sehr gute und innovative Ergänzung zum Live-Programm sein kann“, so die Evaluatörin.

Ein wesentlicher Punkt in der Konzeption und Umsetzung der Veranstaltung ist, dass die Menschen aus der Umgebung von der Idee überzeugt sind und an der Umsetzung beteiligt sein müssen. Das unbekannte Format muss erklärt und auf die Verunsicherung durch die pandemiebedingten Einschränkungen behutsam reagiert werden.



Ausblick

Die Evaluationsergebnisse werden nun zusammengestellt und die Erkenntnisse des Modellvorhabens werden in Form eines Leitfadens für interessierte Kommunen aufgearbeitet. Eine Checkliste mit konkreten Umsetzungshilfen wird Bestandteil des Leitfadens sein.

Durchführung: Cluster Projekte GmbH
Kontakt: persson@cluster-projekte.de
Laufzeit: 06/2021–11/2022



IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen,
Krausenstraße 17–18, 10117 Berlin
Internet: www.bmwsb.bund.de

in Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
Deichmanns Aue 31–37, 53179 Bonn

Redaktion

VDI/VDE Innovation + Technik GmbH
Steinplatz 1, 10623 Berlin

Stand

06/2022

Bildnachweis

Titelbild: Tobias Lindner/EyeEm, Getty Images

Druck

Dienstleistungszentrum Druck
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), 53179 Bonn

Bestellmöglichkeit

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09, 18132 Rostock
Servicetelefon: 030 18 272 2721
Servicefax: 030 1810 272 2721
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
Artikelnummer: BMI22008
Bestellung über das Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de
Online-Bestellung: www.bundesregierung.de/publikationen

Weitere Publikationen der Bundesregierung zum Herunterladen und
zum Bestellen finden Sie ebenfalls unter: www.bundesregierung.de/publikationen

Diese Publikation wird von der Bundesregierung im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit
herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf
bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder Wahlhelfern während
eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für
Bundstags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

www.regiongestalten.de

QR-Code scannen
und mehr über
Region gestalten erfahren

